

Preis: 20,- Schilling / 3,- DM
Solidaritätspreis: 30,- Schilling

DIE EINHEIT

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

SOV

Gewerkschaftszeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts Herbst 97 / Nr. 7

Gerade jetzt: Arbeitszeitverkürzung!



Der EU-Gipfel in Amsterdam ist vorbei, die Wahlen in Frankreich sind fast schon Geschichte und die Medien haben ihre Klima PR-Kampagne aufgegeben. Unter dem Schlagwort "Pensionsreform" ist weiterer Sozialabbau geplant. Politikversprechen gehen und Probleme bleiben. 193.412 Menschen waren Ende Juli, also in der Hochsaison, als arbeitssuchend gemeldet. Für den Winter erwartet uns eine neue Rekordarbeitslosigkeit weit jenseits der 300.000, alleine 100.000 Menschen sollen im Bauwesen arbeitslos werden schätzt die Gewerkschaft Bau-Holz.

von Michael Gehmacher
SOV-Gewerkschaftsprecher

Das Sparen bei den öffentlichen Aufträgen und Sozialleistungen, der Aufnahmestopp im Öffentlichen Dienst, Rationalisierungen in den Betrieben, Konkurse und Standortverlagerungen - an diese "Dauerscheinungen" haben sich schon viele gewöhnt. Die Einkommensverteilung wird immer ungerechter, die Nachfrage sinkt, die Armut steigt - diese Spirale dreht sich immer schneller. Der Versuch des Kapitals, die Arbeitskosten weiter zu senken, wird immer intensiver. Stolz verkündet die OMV Rekordgewinne und kündigt im selben Atemzug weiteren Stellenabbau in dreistelligem Ausmaß an. Geht es nach dem Kapital soll die "Ware Arbeitskraft" immer billiger werden und noch flexibler einsetzbar sein. Die Unternehmer wollen und brauchen die Arbeitslosigkeit, um ein Druckmittel gegen die Regierung und die Gewerk-

schaft in der Hand zu haben. Sie brauchen die Arbeitslosen als industrielle Reservearmee. Liberales Forum, einige Grüne und viele "Sozialexperten" sprechen heuchlerisch vom neuen Verteilungskampf zwischen Arbeitslosen und "Arbeitsplatzbesitzenden". Aus Solidarität sollen Menschen, die noch einen Arbeitsplatz haben, auf Sozialleistungen verzichten oder Flexibilisierungs- und Teilzeitregelungen zustimmen.

Die Flexibilisierungsfalle!

Die Kapitalseite versucht nun, auch unter dem neuen Modewort "Flexibilisierung" einerseits eine Reduzierung der Lohnkosten und andererseits eine bessere Auslastung ihrer Maschinen und Anlagen zu erreichen. Die Öffnungs- bzw. Betriebszeiten sollen von der individuellen Arbeitszeit völlig entkoppelt werden. Das investierte Kapital muß nicht nur Profit abwerfen, son-

dern muß auch noch entsprechend hoch sein; denn immerhin müssen die Kosten ja gesenkt werden. Schließlich geht es um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Dieser "Standortlogik" hat sich aber nicht nur die Regierung, sondern auch der ÖGB verschrieben. "Flexibilisierung ist ein notwendiger Schritt, um unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern. Die Betriebe müssen Schwankungen in der Auslastung und kurzfristige Aufträge bewältigen können, ohne ständig Personal ab- und aufzubauen. Zudem müssen Entlastungen bei den Arbeitskosten unsere Lohnstückkosten gegenüber Konkurrenzländern verbessern. Somit ist eine flexiblere Arbeitszeit eine Voraus-

Aus dem Inhalt:

- USA: Streik bei UPS
- Angriff auf das Pensionssystem
- Ist die FPÖ die neue Arbeiterpartei?
- Deutschland: ÖTV-Opposition
- Der Streik: Unser Recht!
- DuP in die Offensive!
- Kinderarbeit - weltweit im Anstieg
- Diese Armen Kapitalisten!
- Pakistan: Kinderarbeit
- Mobbing - Mode der 90-iger?

InfoLine: ① 01 / 524 63 10 ★ Fax 524 63 11

Editorial:

Endlich haben wir es wieder geschafft und rechtzeitig zum Ende des Sommers die neue EINHEIT fertiggestellt. Wir richten uns auch bei dieser Nummer wieder an alle, die an linken gewerkschaftlicher Strategiediskussionen, Analysen und Hintergrundinformationen interessiert sind. Unser Ziel ist die theoretische Hilfestellung beim Aufbau einer demokratischen und klassenkämpferischen Opposition im ÖGB. Die EINHEIT steht allen offen, die sich mit dieser Grundlinie identifizieren können.

Schon in der letzten EINHEIT gab es einige Neuerungen, so gibt es auch diesmal vier neue Kolumnen. Ab jetzt wollen wir, daß die gewerkschaftliche Kleinarbeit und die Personen, die sie tragen, stärker in der EINHEIT zu Wort kommen. Personen, wie auch Ihr sie kennt: Zum Beispiel jene Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer, die seit Jahren in einem Betrieb die "Stellung" halten und schon viele FSG-Betriebsräte in die hohe Politik hinaufschwimmen sahen. Ihr eigenes Wissen und ihre Erfahrung ist der ÖGB - Spalte meist gar nichts wert. Jene unermüdlichen FlugzettelverteilerInnen, Menschen, die Selbsthilfegruppen aufbauen, Menschen, die bei jeder Aktion da sind und dafür oft nur das Schulterklopfen eines ÖGB-Bürokraten erhalten. Aber es sind solche kämpferischen AktivistInnen, deren Wissen und Kämpfe für die linke Gewerkschaftsbewegung so wertvoll sind.

In jeder Einheit soll daher ab jetzt eine solche Person zur "KollegIn des Monats" ernannt werden. Dann verleihen wir auch noch "Kronen" - an jene, die dem Namen "Betriebsratskaiser" besondere Ehre machen. Außerdem wollen wir ab der nächsten Nummer in Mistkübeln "herumstierln". Denn vieles, was in der "Ablage Rundordner", wie dieser Bürogegenstand im ÖGB - Fachjargon heißt, landet, sollte unserer Meinung nach nicht in Vergessenheit geraten. Wir sind daher immer für neuen Stoff dankbar. Neben der Danksagung an alle, die Artikel beigesteuert haben, bleibt uns nur noch, Euch viel Kurzweile beim Lesen zu wünschen.

Eure Einheit - Redaktion

setzung, daß unsere Wirtschaftskraft gestärkt wird und der Wirtschaftsstandort Österreich attraktiv bleibt." (Zitat: GMBE Mitgliederzeitung der Gewerkschaft Metall, Bergbau und Energie 1997)

Mit Unterstützung des ÖGB werden also Unternehmerkonzepte umgesetzt. Deutschland ist ein Musterbeispiel dafür, was die jahrelange "Standortverbesserung" bringt: höhere Profite und höhere Arbeitslosenzahlen, aber keine steigende Beschäftigung. Obwohl die Flexibilisierungs- und De-regulierungsoffensive bei uns noch eher am Anfang steht, gibt es bereits ca. 350.000, Menschen, die einer Teilzeitbeschäftigung



zwischen 12 und 35 Stunden nachgehen. Ungefähr 140.000 haben Jobs zwischen 1 und 12 Stunden, wobei letzteres meist Nebenjobs sind. 166.000 dieser Teilzeitbeschäftigen sind geringfügig beschäftigt.

Warten auf das Jobwunder - ist das die Lösung?

Trotz der steigender Zahl von Teilzeitbeschäftigen steigt die Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen derzeit nicht, das heißt, es verschwinden ständig Vollzeitarbeitsplätze.

Die Seifenblase von den vielen neuen Spitzenjobs durch die neuen Technologien zerplatzt auch langsam aber sicher. So



mußte z. B. Anfang August das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) bekanntgeben, daß voraussichtlich im Telekommunikationsbereich 4000 Arbeitsplätze verloren gehen. Das WIFO korrigiert damit seine prognostizierten Beschäftigungszahlen vom Jahresanfang deutlich nach unten. Offensichtlich haben MAX-MOBIL und die anderen neu Handytelefonnetzbetreiber doch nicht so viele neue Arbeitsplätze geschaffen wie versprochen?

Wo bleibt der Widerstand gegen die Kapitaloffensive?

Aber nicht alle Gewerkschaften sehen die "Standortfrage" so undifferenziert wie die Gewerkschaft MBE. Im neuen Buch der GPA "Stillgelegt-Weichenstellungen für den Arbeitsmarkt 2000" wird wissenschaftlich exzellent nachgewiesen, welche Auswirkungen die Maastrichter Konvergenzkriterien und die damit verbundenen Ausgabenkürzungen des Staates haben. Es zeigt, daß



das von den Bürgerlichen hochgelobte "Jobwunder USA" nur ein Propagandatrick ist.

Aber warum bleibt dieses Wissen nur einem kleinen Kreis von GPA-FunktionärenInnen vorenthalten? Wo bleibt der Widerstand gegen EU und Maastricht? Wie konnte die GPA Spalte dem Sozialpartnerübereinkommen über die Arbeitszeitflexibilisierung im ÖGB-Bundesvorstand zustimmen? Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit bleibt heute einem kleinen Kreis von klassenkämpferisch eingestellten Gewerkschaft-erInnen und verschiedenen Sozial- und Arbeitsloseninitiativen

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Offensive Vorwärts, 7; Kaiserstr. 14/11
Druck: Duplikat
Herstellungs- und Verlagsort: Wien

überlassen. Jenen Menschen, die heute bereit sind, mit uns einen Verteidigungskampf zu führen, müssen wir aber auch politische Perspektiven bieten.

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist hoch aktuell, auch wenn sie aus ÖGB-Publikationen weitgehend verschwunden ist!

Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung bleibt hier der zentrale Ansatz. Es geht darum, die Arbeit gerechter zu verteilen, sinnvoller und menschenwürdiger zu gestalten; ohne, daß dabei eine Schicht der Arbeiterklasse Einkommensverluste hinnehmen muß. Neben traditionellen Formen der Ar-



beitszeitverkürzung, wie der 35-Stunden Woche bei vollem Lohn, geht es auch darum, größere Arbeitszeitblöcke bzw. die Lebensarbeitszeit zu verkürzen. Die aktuelle Arbeitssituation in vielen Betrieben (Flexibilisierungsmodelle und Kurzarbeit) zeigt, daß eine Verkürzung der Tages- und Wochenarbeitszeit nur zu einer Verdichtung der Arbeit führt. Es wird mehr in kürzerer Zeit produziert, aber kaum jemand neu eingestellt.

Offensive Strategien wären daher:

- ☛ ein gemeinsames Aktionsprogramm, um mit klaren Gegenkonzepten in die kommenden Auseinandersetzungen zu gehen.
- ☛ Verkürzung der Tages- und Wochenarbeitszeit.
- ☛ Verlängerung des Urlaubs und bezahlte Bildungsfreistellungen.
- ☛ Kürzere Lebensarbeitszeit.
- ☛ geringfügige Beschäftigung und die Werkvertragsregelung wirken sich beschäftigungspolitisch negativ aus. Daher einheitliche Dienstverträge für alle!
- ☛ Aber auf jeden Fall - bei vollem Lohn. Keine Lohnkürzungen, sondern Verbesserung der Lebenssituation!

Der Betriebsratskaiser

Die erste "Betriebsratskaiser" Krone setzen wir einem "Kollegen" auf, der unliebsame Kolleginnen und Kollegen einfach an den Pranger stellt - in unserem Fall der öffentliche Aushang des U-Bahn Bahnhofes Wasserleitungswiese in Wien.

Darin befinden sich zwei interessante Schriftstücke: Zum einen ein Austrittsschreiben aus der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten: "...ich sehe derzeit keinen Bedarf mehr, weiterhin der Gewerkschaft anzugehören", schreibt ein U-Bahnfahrer und ersucht, seinen Austritt zur Kenntnis zu nehmen. Der FSG-Betriebsobmann beginnt mit Überzeugung der feinen Art. Nicht die Notwendigkeit der Gewerkschaft wird versucht zu erklären, wozu auch? Ein öffentlicher Aushang mit Name, Dienstnummer und GdG-Mitgliedsnummer reicht hier aus, um den betroffenen Kollegen zu vernadern. Denn bei den Verkehrsbetrieben, wo Parteibuch noch Parteibuch ist, ist der Pranger nicht gerade angenehm.

Und trotzdem hat der Kollege Glück gehabt. Der Betriebsratskaiser hat fürstliche Milde walten lassen. Vergleichweise zumindest, wie ein Blick auf das zweite Schriftstück im öffentlichen Aushang zeigt. Es handelt sich dabei um die FSG-Nachrichten für den Bahnhof Wasserleitungswiese. Unser Betriebsratskaiser bedankt sich bei allen KollegInnen, die am SPÖ-Maiaufmarsch 97 teilgenommen haben, um "gegen eine Privatisierung und Zerschlagung der Wiener Stadtwerke friedlich zu demonstrieren".

Ob der Maiaufmarsch der SPÖ der ideale Platz ist, um gegen die Privatisierung der Stadtwerke zu demonstrieren, darf bezweifelt werden. Näheres erfahren wir nach den Personalvertretungswahlen im Mai 1998, es tut aber in diesem Fall wenig zur Sache. Also weiter in den FSG-Nachrichten: Spannend wird es da am Schluß: "weiters finde ich es beschämend, daß eine Fahrerin, die die Einladung für den 1.



Mai von den Kolleginnen und Kollegen des Bahnhofes Wasserleitungswiese im Mistkübel hat landen lassen. Gegen diese Bedienstete, deren Name mir bekannt ist, werde ich mir entsprechende Schritte überlegen", heißt es da wortwörtlich! Wie bitte? Was heißt persönliche Einladung von den KollegInnen? Sind die alle Mitglieder in der FSG? Aber warum gehen sie dann nicht mit am 1. Mai? Hier glaubt die FSG offensichtlich, im Namen aller KollegInnen einladen zu können.

Eine unglaubliche Frechheit ist es, einer Kollegin "entsprechende Schritte" im öffentlichen Aushang anzudrohen. Was hat die Kollegin verbrochen? Majestätsbeleidigung wegen aggressivem Mitskübelwerfen von 1. Mai - Einladungen? Oder einfach nur Mißachtung der Mülltrennung, weil derartige Einladungen eigentlich ins Altpapier gehören?

Scherz beiseite, jeder Betriebsratskaiser hat seine Vasallen, die werden schon entsprechende Schritte unternehmen - kein Honiglecken für die Kollegin. Gewinner solcher Aktionen sind einzige und allein die Freiheitlichen, die sich Dank guter Vorarbeit so mancher Betriebsratskaiser gute Chancen für die PV-Wahl am 5. und 6. Mai 1998 ausrechnen dürfen.

Wir bitten Kolleginnen und Kollegen in der Gemeinde Wien, denen ähnliche Dinge widerfahren, sich an uns oder an echte GdG-Oppositionslisten, wie KIV oder GLB, zu wenden.

**Spendenkonto:
PSK 8812.733**

Angriff auf das Pensionssystem: Es geht um mehr als um die Pensionshöhe!

Das österreichische Sozialsystem ist ins Gerede gekommen. Es sei nicht mehr zu finanzieren, heißt es. Vor allem das Pensionssystem erfordere immer mehr staatliche Mittel und breche auf längere Sicht zusammen, wenn nicht einschneidende Maßnahmen - gemeint sind Leistungskürzungen - gesetzt werden. Entsprechend groß ist die Verunsicherung. Vor allem Angehörige der jüngeren Generationen fragen sich, ob sie überhaupt noch in den Genuss einer ausreichenden Altersversorgung kommen werden. Und schon gibt es eine Reihe von Vorschlägen für "Reformen":

von Manfred Groß
Vorsitzender des GLB, Mitglied
des ÖGB-Bundesvorstand

Die Regierung will kurzfristig Geld - also einen Teil des Bundesbeitrages zu den Pensionen und des Aufwandes für den Ruhestand der Beamten - einsparen; die Oppositionsparteien - von blau über lila bläßblau bis grün - denken laut über generelle Systemänderungen nach; und die Bundeswirtschaftskammer wittert nun die Möglichkeit, mit der gesetzlichen Pflichtversicherung in Selbstverwaltung Schluß zu machen und dem Privatkapital milliardenschwere Geschäfte zu erschließen.

Für die ArbeiterInnenbewegung, die das bestehende Sozialsystem in seinen wesentlichen Zügen als ihre Errungenschaft betrachten darf, ist höchste Vorsicht geboten. Denn so unterschiedlich die "Ideen" der Oppositionsparteien und der Wirtschaftskammerer auch argumentiert werden, so gleich sind sie sich im entscheidenden Punkt: Sie laufen allesamt auf ein Einreißen der Grundsäulen des Systems hinaus: Weg vom Umlageprinzip und vom Generationenvertrag, wonach die jetzt arbeitenden Generationen mittels ihren Beiträgen und dem Bundesbeitrag die aktuellen Pensionen finanzieren, hin zum Kapitaldeckungsverfahren. Und Ersatz der gesetzlichen Pflichtversicherung in Selbstverwaltung, durch die bloße Versicherungspflicht.

Interessant ist vor allem das Agieren der Grünen. Bundessprecher Chorherr meinte gar: "Wir müssen radikal die Univerteilungsfrage stellen!" Was er aber diesem an sich richtigen Sager folgen läßt, ist mehr als erschütternd. Chorherr meint nicht die Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit. Er zieht die Fronten zwischen Alt und Jung: "Der Generationenvertrag verstößt gegen die guten Sitten". Klassenkampf auf grün!

Bevor wir aber ins Detail gehen, ziehen wir einen Vergleich zwischen den Systemen. Generell gibt es zwei Grundtypen:

1. Universelle Systeme

Sie funktionieren nach dem Versorgungsprinzip und sind steuerfinanziert. Sie gelten flächendeckend, basieren nicht auf Versicherungsinstituten. Es herrschst das finale Leistungsprinzip (Leistung nach Bedarf). Diese Systeme sind in der Regel auf die Grundversorgung beschränkt. Die Forderungen nach der sogenannten "Volkspension" (FPÖ, Teile der ÖVP, Bundeswirtschaftskammer) sowie der "staatlichen Grundpension" aber auch des Basislohnes (jede/r hat einen Anspruch auf eine bestimmte Geldsumme), entsprechen diesen universellen Systemen. Der für alle gleiche Grundbetrag wird vom Staat ausbezahlt und über die Steuereinnahmen finanziert. Es gibt also keine über die Versicherung gebunde-

nen Beiträge, was natürlich weniger Sicherheit zumindest dieses Anteiles bedeutet. Der Grundbetrag wird politisch festgelegt und ist auch politisch abänderbar, was bei deutlich nach rechts verschobenen politischen Kräfteverhältnissen fatale Folgen haben kann.

Die "Volkspension" wird durch die Steuerentlastung der Unternehmer nur von ArbeitnehmerInnen bezahlt

Gemessen am Pensionssystem würde nach diesem System also der Grundbetrag über das Budget sicherzustellen sein, während sich die Lebensstandardsicherung in Form freiwilliger Beiträge oder auch bis zu einer bestimmten Höhe festgelegter Beiträge bei einer Versicherung freier Wahl gestalten würde. Bei all diesen Vorschlägen ist zu hinterfragen, was mit den Beiträgen der Arbeitgeber geschehen soll. Auch was den Grundbetrag betrifft, ist die Frage nach den Verpflichtungen der Kapitalseite zu stellen. Das Liebäugeln von Kapitalvertretern mit diesen Systemen basiert auf dem Bewußtsein, daß die Masse der Beschäftigten in immer höherem Ausmaß die Steuerlasten trägt, während das Kapital bereits in weiten Bereichen de facto Steuerfreiheit genießt. Die Arbeitenden würden sich ihre "Volkspension" also selbst bezahlen.

2. Kategorische Systeme

Sie funktionieren nach dem Versicherungsprinzip und sind beitragsfinanziert. Es gibt Verschiedene Typen von Versicherungen. Es herrscht das kausale Leistungsprinzip (Leistung in erster Linie nach Zuständigkeit, in zweiter Linie nach Bedarf).

Das Pensionssystem

Das österreichische Pensionssystem ist ein kategorisches. Es ist auf die gesetzliche Sozialversicherung bzw. Pensionsversicherung aufgebaut und erfaßt alle in einem bestimmten Bereich Beschäftigten. Die Beiträge sind einkommensorientiert und werden bei den "unselbständig Beschäftigten" von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern getragen. Die Grundversorgung wird über das Ausgleichszulagensystem gewährleistet, wobei dieses auch Nachteile, vor allem für Frauen mit geringen Versicherungszeiten oder niederen Beiträgen (wegen dem Einkommen), aufweist. Dieser Mangel ließe sich aber beheben, ohne gleich das System zu kippen, wie wir später nachweisen werden.

Zum Selbstverwaltungscharakter sind folgende Gesichtspunkte anzuführen: Die Selbstverwaltung zeichnet sich durch die gesetzliche Pflichtmitgliedschaft aller in einem Bereich Beschäftigter aus und verfügt über eigene Organe (Vorstände, Vollversammlungen). Der Regierung bzw. dem zuständigen Ministerium kommen lediglich Aufsichtspflichten zu. Ein Abgehen von der gesetzlichen Pflichtversicherung zur bloßen Versicherungspflicht würde de facto auf die Privatisierung eines Großteils der Dienstleistung hinauslaufen. Das wäre natürlich ein fetter Brocken fürs Privatkapital.

Der wesentliche Unterschied zwischen der Pensionsversicherung in Selbstverwaltung und den privaten Versicherungen besteht nämlich darin, daß erstere nach dem Umlageprinzip und dem Generationenvertrag organisiert ist, die Privatversicherungen aber nach dem Kapitaldeckungsverfahren funktionieren.

Das Umlageprinzip

Das Umlageprinzip besagt wie oben angeführt, daß die jetzt arbeitenden Generationen mittels ihrer Beiträge und dem Bundesbeitrag die Pensionslast der jetzt Pensionierten tragen. Der Pensionsanspruch wird nur mittelbar durch die eigenen Einzahlungen bestimmt. Er wird politisch festgelegt (durch Anwartschaften, Ersatzzeiten etc.). Die Pensionshöhe ist abhängig von der "Pensionslastquote" (d.h. vom Verhältnis zwischen Beitragsleistern und Leistungsempfängern) und von der jeweiligen Produktivität. Pensionsansprüche werden über einen sogenannten "An-

passungsfaktor" aufgewertet.

Das Kapitaldeckungsverfahren

Nach dem Kapitaldeckungsverfahren veranlagt die Versicherung die Beitragsgelder auf dem Kapitalmarkt und zahlt das Kapital plus Veranlagungsertrag; die Verzinsung minus Verwaltungskosten und Versicherungsgewinn nach versicherungsmathematischen Gesichtspunkten aus.

Damit steht aber auch der Nachteil des Kapitaldeckungsverfahrens fest: Die Veranlagung ist größtenteils spekulativer Natur. Ist der Gewinn niedriger oder ergibt sich gar ein Verlust, verringert sich die Leistung der Versicherung. Geht die Versicherung pleite, erlischt der Anspruch der Versicherten. Dieser Nachteil ist zugleich der Vorteil der Umlageverfahrens. Nach dem Umlageprinzip kann immer so viel ausgezahlt werden, als durch Beiträge und Staatsbeitrag aktuell verfügbar ist. Aus dieser Logik ergibt sich auch ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt, nämlich das Effizienzkriterium:

Die gesetzliche Pensionsversicherung verbraucht 1,5 bis 2 Prozent der Beitragseinnahmen für Verwaltung. Bei den Privatversicherungen bzw. Pensionsfonds in anderen Ländern beläuft sich der Verwaltungskostenanteil plus Erträge der Versicherung auf rund ein Drittel! Der Vorteil der gesetzlichen Versicherung entsteht vor allem durch die große Zahl der Versicherten (Pflichtversicherung) und durch die Höhe der Beiträge (Einkommensorientierung).

Wir müssen in Österreich drei verschiedene Typen von Pensionen unterscheiden:

1. Die gesetzliche Pensionsversicherung (Selbstverwaltung). Sie erfaßt die Arbeiter und Angestellten (ASVG), sowie die Selbstständigen (Gewerbeversicherung) und die Bauern.

2. Die Beamtenpension. Sie wird "Ruhegenuss" bezeichnet. Das Alterssicherungssystem im öffentlichen Dienst wird aus den Lohnfonds der jeweiligen öffentlichen Haushalte bestritten. Im Gegensatz zum Versicherungssystem gilt dieses als "Versorgungssystem". Wohl wird aber auch den Beamten ein bestimmter Teil des Gehaltes (zwischen 13,5 und 14,25 Prozent) in Abzug gebracht.

3. Die private Pensionsvorsorge nach dem Kapitaldeckungsverfahren, die bei den vorab erwähnten Gruppen nur als Zusatzversicherung verstanden werden kann (Ausnahme Freiberufler).

Die aktuelle Diskussion dreht sich vor allem um den Bundesbeitrag zur gesetzlichen Pensionsversicherung und um die Aufwendungen des Staates für die Beamtenpensionen. Die Regierung versucht, eine restriktive Ausgabenpolitik zu betreiben. Der Hauptgrund sind die Kriterien für die Währungsunion, vor allem aber die Defizitbegrenzung. Dazu kommen die EU-Beiträge

Ja, ich will ...

- ein **DIE EINHEIT**-Abo (4 Nr. ÖS 100,-)
- ein **Vorwärts** und **DIE EINHEIT** Abo (14 Nr. ÖS 200,-)
- ein **Vorwärts-Normal-Abo** (10 Nr. öS 200,-)
- ein **Vorwärts-Sozial-Abo** (10 Nr. öS 100,-)
- eine gratis Probenummer des **Vorwärts**
- eine gratis Probenummer der Zeitung **DIE EINHEIT**
- Einladungen zum Gewerkschafts Stammtisch
- mich mit jemandem von Euch treffen
- selbst aktiv werden

Bitte
frankieren!
Danke!

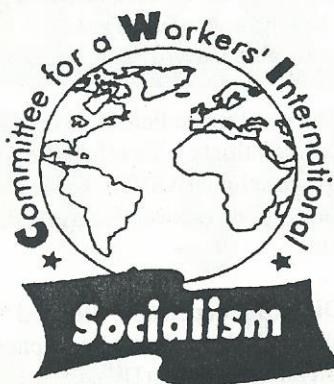
An die
DIE EINHEIT
c/o SOV
Kaiserstraße 14/11
A-1070 Wien

Name

Straße, Hausnummer

PLZ/Ort

Telefonnummer



Mitglied werden bei der SOV!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts ist eine revolutionäre und sozialistische Organisation. Wir kämpfen für die Abschaffung des kapitalistischen Systems und für Sozialismus - also echte Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Sozialistische Offensive Vorwärts wurde 1996 gegründet - sie ist demnach eine noch junge Organisation. Trotzdem sind wir stolz auf unsere "alten" Wurzeln in der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung. Fast jedes wichtige soziale und demokratische Recht mußte mühsam "von unten" erkämpft werden. Tausende haben diesem Kampf - zum Beispiel im antifaschistischen Widerstand - ihr Leben gewidmet. Diese Traditionen wollen wir aufgreifen und weiterführen.

Die SOV ist eine Organisation von Menschen, die aktiv Widerstand gegen Sozialabbau und Rechtsruck zu organisieren: Als BetriebsräteInnen und PersonalvertreterInnen, als Schul- oder Klassen-SprecherInnen, als Kollegin oder Kollege, welche/r konsequent für die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Frauen und PensionistInnen eintritt. Wir wehren uns gegen das Gegeneinanderauspielen von Belegschaften, von jenen, die Arbeit haben und denen die keine haben, von In und AusländerInnen. Wir kämpfen international gegen die Auswirkungen der so genannten Globalisierung und gegen das EU-Europa der Konzerne.

ge in Höhe von rund 44 Milliarden Schilling, während die Rückflüsse entweder direkt an die Förderprojekte gehen oder im Staatshaushalt nur zwischengeparkt werden, also nicht budgetwirksam werden. Ein dritter nicht unwesentlicher Faktor sind die enormen Zinsenbelastungen durch die Staatsschulden, die bereits jenseits der 100-Milliarden-Schilling-Grenze liegen. Aktuell geht es beim Bundesbeitrag für die Pensionen und beim Aufwand für die Beamtenpensionen zusammengenommen um rund 180 Milliarden Schilling, wobei der Bundesbeitrag zur gesetzlichen Pensionsversicherung heuer rund 56 Milliarden Schilling betragen wird. Der Aufwand für die Beamtenpensionen kommt auf rund 124 Milliarden Schilling zu stehen. Interessant ist es, den Bundesbeitrag zur gesetzlichen Pensionsversicherung aufzuschlüsseln. Gemessen an den Beitragseinnahmen betrug er 1996 für die ASVG-Pensionen, also die Arbeiter und Angestellten rund 15 Prozent, obwohl er bei Schaffung des ASVG auf ein Drittel vereinbart wurde (Drittdeckung), für Selbständige und Bauern rund 70 Prozent. Gemessen an allen Pensionen - mit Ausnahme der Beamten - zahlt der Bund rund 23 Prozent.

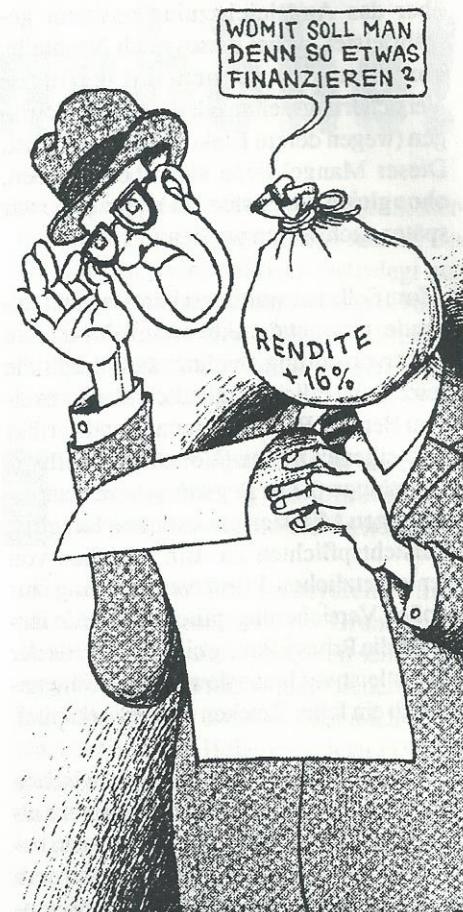
Bei letzteren Gruppen kommt zum Tragen, daß sich steuermindernde Bilanzen und niedrige ausgewiesene Einkommen sowie die Unterbewertung der Einheitswerte landwirtschaftlicher Betriebe negativ auf die Beitragsleistungen auswirken, andererseits aber durch das Ausgleichszulagensystem dessen Richtwerte zur Anwendung kommen. Es gibt im wesentlichen drei Ursachen für eine zu erwartende Steigerung des Bundesbeitrages:

1. Die Bevölkerungsentwicklung (Demografie): In den nächsten Jahren treten geburtenstarke Jahrgänge in die Pension ein, die überdies zumeist eine "lückenlose" Berufsbiografie vorweisen können, was die Höhe der Pension positiv beeinflußt.

2. Die Arbeitslosigkeit: Je mehr Menschen ohne Arbeit sind, desto mehr verschlechtert sich das Verhältnis Beitragszahler - Leistungsbezieher. Im übrigen bedeutet Arbeitslosigkeit auch Steuerausfall und Ausfall an kaufkräftiger Nachfrage.

3. Die schlechte Gesundheitslage: Immer mehr Menschen gehen wegen Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit früher in Pension. Bei den Männern sind es bereits 20 Pro-

zent aller Pensionisten bei den Frauen 13 Prozent, die in die Invaliditätspension gehen müssen. Vorschläge wie die Ausweitung der Durchrechnungszeiträume, wie von Sozialministerin Hostasch aufgeworfen, sind prinzipiell abzulehnen: Sie vermindern die Pensionsleistungen, ohne die strukturellen Probleme zu lösen. Im übrigen würde diese Maßnahme eine katastrophale Verschlechterung für die Frauen be-



deuten, die ihre Berufsbiografien im Vergleich zu den Männern wesentlich "lückenhafter" und die Einkommen niedriger sind, was natürlich bei längerer Durchrechnung sofort negativ auf die Pensionshöhe wirkt. Im übrigen würden sich die Anspruchsvoraussetzungen verschlechtern, wenn der Durchrechnungszeitraum auch als Mindestvoraussetzung am Versicherungszeitraum für den Anspruch gilt.

Um die Finanzierung der Pensionsleistungen zu garantieren, wären folgende Maßnahmen denkbar

- Fixierung des Bundesbeitrages auf 33,33 Prozent. Die Positivdifferenz von derzeit rund 15 Mrd. S jährlich zum ASVG-Beitrag wäre zur Finanzierung der geburtenstarken Jahrgänge als Reserven der Versicherung

anzusparen. Dies wäre umso berechtigter, als die Regierung in den vergangenen Jahren namhafte Beträge aus den Versicherungsreserven abgezogen hat, um damit Budgetlöcher zu stopfen. Die Negativdifferenz im Bereich Selbständige und Bauern auf einen Drittelpreis von rund 15 Milliarden Schilling könnte durch Beitragsanpassung an die tatsächlichen Einkommen ausgeglichen oder zumindest reduziert werden.

- Für Frauen sollten die Kindererziehungszeiten als Beitragszeiten angerechnet und höher bewertet werden, wobei der von den ÖGB-Frauen als Mindestlohn geforderte Betrag von 13.000 Schilling anstelle der geltenden 6.500 Schilling als Beitragsgrundlage herangezogen werden könnte. Der entsprechende Beitrag an die Versicherung soll aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) und dem Budget bezahlt werden, was sich dadurch rechtfertigt, daß Kindererziehung eine gesellschaftlich notwendige Arbeit darstellt. Wichtig wäre für die Frauen auch die Entkoppelung aller Leistungsregelungen (wie zum Beispiel die Ausgleichszulage) vom Partnereinkommen, um den Zustand der Abhängigkeit nicht in die Pension zu prolongieren. Darüber hinaus wäre die Einführung einer Sockelregelung für die Pensionsberechnung anzustreben, durch die die Zeiten minderer Einkommen in der Pensionsberechnung aufgewertet würden und so nicht negativ durchschlagen könnten.

- Im Bereich der Beamtenpensionen ist es nicht gerechtfertigt, die pensionsrechtlichen Errungenschaften für die kleinen und mittleren Einkommensbezieher zu reduzieren. Der staatliche Aufwand könnte aber bedeutend gesenkt werden, wenn auch bei den Beamten die Höchstbemessungsgrundlage des ASVG (35.675 Schilling) und damit die Höchstpension (28.540 Schilling) zur Anwendung kommen würden.

Alle diese Vorschläge würden in Summe nicht einmal die Bruttokosten der EU-Mitgliedschaft ausmachen, könnten aber langfristig garantieren, daß die zwei Grundziele der gesetzlichen Pensionsversicherung erreicht werden:

- den im Aktivleben erworbenen Lebensstandard in der Pension im wesentlichen zu erhalten, und
- durch eine verbesserte Mindestsicher-

ung das Risiko von Altersarmut und die Abhängigkeit der Frauen zu minimieren.

Vor allem wird auch deutlich, daß eine aktive Beschäftigungspolitik eine gute Zukunftsinvestition wäre. Je mehr Menschen in Beschäftigung stehen, desto günstiger gestaltet sich das Verhältnis zwischen Beitragsleistern und Beitragszahlern, was auch in der Tendenz dämpfend auf den Staatsbeitrag wirken würde. Zudem bedeutet mehr Beschäftigung auch mehr Steuereinnahmen.

Auch wären gesetzliche Maßnahmen gegen die Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung und der ungeschützten Arbeitsverhältnisse vonnöten, weil die Betroffenen natürlich im Falle von Regelarbeitsverhältnissen höhere Beitragsleistungen erbringen würden. Von den Gewerkschaften muß eine offensive Lohnpolitik verwirklicht werden. Alle diese Maßnahmen wirken auf die Zahl der Beitragszahler wie auf die Höhe der Beiträge positiv. Schließlich sollte die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Sicherung des Pensionssystems nicht aus der Diskussion gelassen werden. Das immer wieder eingewandte Argument, daß höhere Beiträge später einmal höhere Pensionen bewirken würden, ist freilich purer Zynismus. Es geht nämlich davon aus, daß erstens die Arbeitslosigkeit weiter anwachsen und zweitens die Verteilung weiter von unten nach oben laufen wird.

Genau hier aber sollte der Ansatzpunkt des politischen Kampfes der Linken liegen: Ohne ein "Umdrehen" der Verteilungsspirale - etwa durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Schließung der Besteuerungslücken der Großkonzerne bei der Körperschaftssteuer, die Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes oder die Einführung der sogenannten "Tobin-Steuern", also einer Besteuerung spekulatoriver Kapitalbewegungen, im internationalen Maßstab - wird es keine soziale Sicherheit geben. Dieses Bewußtsein zu schaffen und zugleich Reformvorschläge auf Basis des Selbstverwaltungssystems zu machen - wie etwa die Direktwahl der Organe durch die Versicherten - wären wesentliche Schwerpunkte der politischen Arbeit der nächsten Monate und Jahre.

**Kampf um jeden
Arbeitsplatz!**

Guten Morgen ÖGB!

Schlafst der ÖGB? Statt der Interessen der Mitglieder verteidigt die ÖGB-Führung die Sozialpartnerschaft und die Sozialabbaupolitik der Regierung. Hinter verschlossenen Türen wird der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten ausgemäuscht - wie z. B. die Abschaffung des 8-Stunden-Tages. KollegInnen, die kämpfen wollen, finden im jetzigen ÖGB kaum einen Bündnispartner.

Unabhängige und linke GewerkschafterInnen haben in den undemokratischen Strukturen einen schweren Stand. Die deutschen Unternehmer wollten die Lohnfortzahlung im Krankenstand kürzen - Streiks haben das verhindert. Gemeinsam mit anderen BetriebsratInnen und GewerkschaftsaktivistInnen treten wir von der SOV für einen Kurswechsel und den Aufbau einer Opposition im ÖGB an!

Wo ihr uns treffen könnt:

Ortsgruppe Wien Mitte:
jeden Mittwoch 19 Uhr
"Amerlinghaus", Stiftg.8

Ortsgruppe Wien West:
jeden Dienstag 19 Uhr
"Club International" 16; Payerg. 14

Ortsgruppe Wien Nord:
jeden Freitag 19.30 Uhr
"Cafe Spectrum" 2; Arnehoferg. 8

Ortsgruppe Wien Süd:
jeden Dienstag, 19 Uhr
"JUZ" 5; Grünwaldgasse 4

Ortsgruppe Wien Ost:
jeden Dienstag, 19.30 Uhr
"Zentrum Erdberg" 3; Lechnerstr. 2-4

GewerkschaftsStammtisch:
jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat,
"Zentrum Erdberg"; 19 Uhr
3; Lechnerstr. 2-4

FrauenStammtisch:
jeden 2. und 4. Montag im Monat,
"Zentrum Erdberg"; 19 Uhr
3; Lechnerstr. 2-4

Oberösterreich - Wels:
jeden Samstag 15 Uhr
"Haus der internationalen Jugend"
Grünbachplatz 5 (Nähe Bahnhof)

Niederösterreich - Wr. Neustadt:
jeden Donnerstag 19 Uhr
Bahnhofrestaurant Wr. Neustadt

USA: Streik der Teamsters bei UPS

Sieg der Gewerkschaft?

Die US-amerikanischen Medien waren überrascht, unzählige GewerkschaftlerInnen in den USA und weltweit aber begeistert. Die Teamsters, eine große US-Gewerkschaft mit 1,4 Millionen Mitgliedern und 400.000 PensionistInnen, organisierte einen Streik bei UPS. United Parcel Service (UPS), ein multinationaler Konzern mit Standorten in über 200 Ländern, beschäftigt 302.000 ArbeiterInnen, rund 185.000 davon sind in der US-Gewerkschaft "International Brotherhood of Teamsters" (IBT) organisiert.

von Thomas Kerschbaum,
Personalvertreter
SOVOG-Wien Süd

UPS transportiert 80 Prozent der gesamten Paketlieferungen in den USA. UPS besitzt außerdem eine eigene Fluglinie in den USA. Die rund 2.000 Piloten haben eine eigene Gewerkschaft, die Independent Pilots Association (IPA). Genauso wie die IPA erklärten sich die Maschinisten bei UPS, organisiert in der International Association of Machinists, zu 100 Prozent solidarisch mit den Teamsters. Der Streik bei UPS dauerte vom 4. bis zum 19. August 1997. Die internationale Fachgewerkschaft für TransportarbeiterInnen "International Transport Workers' Federation" informierte ihre Mitglieder und rief zur Solidarität mit der IBT auf.

Warum wir über diesen Streik berichten?

Die Tarifverhandlungen zwischen dem weltweit größten Transportunternehmen UPS und der Gewerkschaft IBT sind besonders wichtig für die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, weil ein großer Konzern betroffen ist. Die Kollektivverträge bei UPS sind beispielgebend für andere Bereiche der Wirtschaft und Gewerkschaften. Es geht nicht nur um die Erhöhung der Löhne - es geht um die Erkämpfung eines Kollektivvertrages, die Sicherheit am Arbeitsplatz, die Bekämpfung der Deregulierung der Arbeitswelt und um Löhne, von denen die amerikanischen Arbeiterfamilien überhaupt leben können. Der letzte KV zwischen Teamsters und UPS wurde 1993 abgeschlossen, seitdem fühlen sich die großen Konzerne wieder ein

bißchen stärker und fordern von den Beschäftigten weitere Opfer: Lohnkürzungen, weniger Pension, Intensivierung der Arbeit, Abbau der Arbeitsschutzbestimmungen, Einschränkung der Gewerkschaftsrechte. Diese zwei Wochen Streik und schließlich der erkämpfte KV werden von der Gewerkschaftsführung der Teamsters und des AFL-CIO (Gewerkschaftsdachverband: American Federation of Labor- Congress of Industrial Organizations) als großer Erfolg gefeiert.

Endlich hat wieder eine große US-Gewerkschaft den Kampf aufgenommen, einen Erfolg durch einen Streik erreicht und sich offensiv an die US-amerikanische und internationale Gewerkschaftsbewegung um Unterstützung gewandt. Auch die europäische Gewerkschaftsbewegung steht vor großen Kämpfen - es geht im Grunde genau um die selben Themen wie bei dem UPS-Streik. Der UPS Streik zeigt gleichzeitig das große Potential der Arbeiterbewegung, um sich in harten Streiks auch durchzusetzen, aber auch die Beschränkung der Gewerkschaft, die ihnen durch die politische Ausrichtung ihrer Führungen und der politischen Machtverhältnisse auferlegt werden.

Wie wurde dieser Erfolg erkämpft?

Das UPS-Management war in den letzten Jahren sehr erfolgreich: Die Profite des Konzerns wurden trotz Verluste der europäischen Standorte auf über 1 Milliarde USD pro Jahr hinaufgeschraubt. Die Belegschaft von UPS-USA besteht heute zu 60 Prozent aus Teilzeit-Beschäftigten, die einen geringeren Stundenlohn als Vollzeit-Beschäftigte bekommen. Der Anfangslohn für Teilzeit-ArbeiterInnen betrug seit 1982

immer 8,- \$. Aber mehr als 10.000 Teilzeit-Beschäftigte arbeiten mehr als 35 Stunden in der Woche. Seit 1993 hat UPS die Schaffung von Teilzeit-Arbeitsplätzen beschleunigt, um die Personalkosten drastisch zu senken. Seit 1993 wurden bei UPS 46.300 neue Jobs geschaffen, davon 38.500 Teilzeit-Jobs - aber gleichzeitig wurden viele Vollzeit-Arbeitsplätze abgebaut.

UPS betreibt auch ständig Auslagerungen (subcontracting). Damit wird nicht nur die Stammbesetzung von UPS reduziert, es werden auch die Gehälter und Zulagen der Beschäftigten untergraben. Die Gewerkschaft protestierte immer heftiger gegen den Ausbau von Subunternehmen, aber UPS bot lediglich an, in fünf Jahren zusätzliche 1.000 Vollzeit-Arbeitsplätze zu schaffen. Für den neuen KV bot UPS auch keine Lohnerhöhung an, sondern nur eine einmalige Bonuszahlung. Bei der Erfüllung der Profiterwartungen wollte UPS in zwei Jahren noch einmal eine Einmalzahlung als Lohnersatz leisten. Dadurch hätte sich die Basis für die zukünftigen Lohnverhandlungen nicht erhöht.

Überbetrieblicher Pensionsfonds der Teamsters

UPS wollte auch den Pensionsfonds der Teamsters aufbrechen und diesen durch einen nur-UPS-Pensionsfonds ersetzen. "Wir glauben, UPS Dollars sollten direkt UPS-Beschäftigten zu gute kommen, und nicht den Teamsters Pensionsfonds unterstützen", ließ das UPS-Management verlautbaren. UPS erwartete sich dadurch Vorteile: Verwaltung nicht durch die Gewerkschaft, sondern durch UPS selbst; langfristig Einsparungen zugunsten UPS. Seit den Kollektivverträgen von 1993/94 ist wieder mehr neues Geld in den Teamster-Pensionsfonds geflossen. Dieser Fonds muß an den Börsen spekulieren, um wieder Geld für die laufenden Pensionen zu haben. Durch die riesigen Gewinne an den Börsen profitierte auch der Pensionsfonds, die Vermögens-

masse dieses Fonds (Central States Pensions Fund) beläuft sich jetzt auf über 16 Milliarden \$. Kleinere Teamsters Pensionsfonds haben bereits die Pensionen erhöht und diese liegen jetzt höher als die des Central States Fund. Die Gewerkschaft hat die Treuhänder des großen Fonds aufgefordert, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Die Treuhänder haben abgelehnt. Warum? Es gibt acht Treuhänder, die den Central States Fund verwalten. Vier werden von den Arbeitgebern ernannt. Diese wollen die Pensionszahlungen gering halten, um "full funding" zu gewährleisten. Ein Vorwand, denn: Die Firmen wollen nur erreichen, daß sie erstens kein neues Geld zahlen müssen und ohne Zahlungen möglicherweise aussteigen können. Und die anderen vier sind von der Gewerkschaft? Falsch. Es sind nicht gewählte, aber von der alten korrupten Gewerkschaftsführung ernannte Bürokraten, die mit dem Pensionsfonds Politik machen und an ihre eigene fette Pension denken. Diese rechten Bürokraten boykottieren die jetzige Gewerkschaftsführung und damit die Forderung nach höheren Pensionen. Es gibt Teamsters- intern immer heftiger die Forderung, daß es ab sofort gewählte und verantwortliche Gewerkschaftsfunktionäre für die Fonds geben soll.

Rechte der ArbeiterInnen

UPS wollte auch mehr Befugnisse, um die Gewichtslimits der zu befördernden Pakete erhöhen zu können. Wenn sich Beschäftigte weigern, schwere Pakete alleine zu heben, dann sollten sich auch bestraft werden können. UPS wollte auch die Liste von Kündigungsgründen erweitern und Bestimmungen im KV, um überhaupt Kündigungen leichter durchführen zu können (z.B. Abschaffung der schriftlichen Warnung). UPS wollte drastische Bestrafung für Beschäftigte einführen, die ein Alkohol- und Drogenproblem haben. Das Recht auf Streik sollte eingeschränkt werden. Es sollte in Zukunft verboten sein, die Streiks anderer Gewerkschaften zu akzeptieren. Da bei UPS mehrere Gewerkschaften vertreten sind, könnten dann die ArbeiterInnen zum Streikbrechen gezwungen werden. Bis jetzt hatten die Teamsters das ausgesprochene Recht, sich bei Streiks z.B. der Piloten solidarisch zu erklären.

KV-Verhandlungen und Streik

Bereits im März begann die entscheidende Runde der KV-Verhandlungen zwischen

UPS-Management und IBT (im Teamsters Verhandlungsteam war auch IBT-Präsident Ron Carey). Die KV-Verhandlungen brachten bis Ende Juli kein Ergebnis. In Urabstimmungen in regionalen Gewerkschaftsgruppen der Teamsters entschied die Basis über das Verhalten der Gewerkschaftsführung. IBT-Präsident Carey erhielt mit 95prozentiger Unterstützung die Erlaubnis, auch einen landesweiten Streik auszurufen, wenn UPS den Vorschlägen der Teamsters nicht zustimmt. Bereits Wochen vor Streikbeginn wurden alle Ortsgruppen der Teamsters auf den Arbeitskampf vorbereitet, um wirklich kurz nach Bekanntgabe des Streiks handlungsfähig zu sein.

Die ITF unterstützte von Beginn an die Gewerkschaften, die gegen UPS mobil machten. Das waren nicht nur die



»Kopf hoch, es geht weiter aufwärts!«

Teamsters in den USA, sondern auch die Gewerkschaften in Italien und Spanien. Bereits im Frühjahr gab es Streikaktionen der italienischen Gewerkschaften, die UPS-Beschäftigte organisieren, weil sich UPS weigerte, über einen Rationalisierungsplan mit Kündigungen überhaupt nur zu verhandeln. Am 22. Mai organisierte die ITF einen internationalen Aktionstag gegen UPS mit drei zentralen Forderungen: Schaffung und Schutz von bestehenden Vollzeit-Arbeitsplätzen, ein Stopp Auslagerungen von Transportarbeiten, internationale Solidarität mit den italienischen UPS-Beschäftigten.

Der Aktionstag wurde nicht nur in Italien und den USA durchgeführt, sondern auch in Spanien, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland, Irland, Kanada und Brasilien. Auch in Österreich besitzt UPS eine Firma mit 155 Angestellten und einem täglichen Aufkommen von 40 Paketen in die USA. Aber von der österreichischen Gewerkschaft HTV wurde nichts unternom-

men, geschweige denn die Öffentlichkeit informiert. Die Bundeszollbehörde der USA mußte auch das Scheitern der KV-Verhandlungen zur Kenntnis nehmen. Ron Carey, IBT-Präsident und ehemaliger UPS-Betriebsrat, setzte dem UPS-Management ein Ultimatum für ernsthafte Verhandlung bis Sonntag, den 3. August. Der Streik wurde landesweit fast 100prozentig befolgt. Trotz Streikbrecher und Management konnte UPS von Beginn an nur mehr 10 Prozent der Aufträge erfüllen.

Selbst die Konkurrenzfirmen konnten die riesige Menge an liegengelassenen Paketen nicht transportieren. Die Gewerkschaft der PostarbeiterInnen erklärte sich mit den Teamsters solidarisch. Diese Unterstützung war wesentlich für den Erfolg mitverantwortlich: Die amerikanische Post beschäftigt als einziges Transportunternehmen mehr Leute als UPS. Aber es gibt zwischen Post und der "American Postal Workers Union" (APWU) einen KV, der die Beschäftigung von Aushilfskräften, sogenannten "casual worker", nur zuläßt, wenn die Gewerkschaft dies genehmigt. APWU-Präsident Moe Biller

lehnte das Ansuchen des Post-Managements glattweg ab und informierte am 5. August die APWU-Funktionäre: "Ich möchte Euch informieren, daß die APWU die International Brotherhood of Teamsters voll unterstützt in ihrem Kampf mit UPS. Es sind wichtige Themen der Arbeiterbewegung, um die es geht." Die IPA und die Gewerkschaft der Maschinisten bei UPS legten in Solidarität mit den Teamsters auch die Arbeit nieder, 201 Flugzeuge von UPS blieben am Boden.

Streikgelder und Clinton

Die Teamsters unterstützten die streikenden Gewerkschaftsmitglieder mit 55 \$ Streikgeld pro Woche, das sind 10 Millionen \$ pro Woche. Ohne die Unterstützung des Dachverbandes AFL-CIO wären die 14 Tage Streik finanziell nicht durchzuhalten: AFL-CIO und viele angeschlossene Gewerkschaften gaben den Teamsters einen unbegrenzten Kredit für das Streikgeld. Bei allen Standorten wurden Streikposten-

ketten, hunderte öffentliche Veranstaltungen und Pressekonferenzen und Demonstrationen organisiert. Politiker, Kirchenvertreter, BürgerrechtsaktivistInnen und andere Gewerkschaften nahmen an den picket lines teil. An den Streikpostenketten kam manchmal zu heftigen Konfrontationen mit der Polizei und Streikbrechern, einige Teamsters wurden verhaftet. Die kanadischen Teamsters erklärten bereits am 2. Streiktag, daß sie den Streik unterstützen und keine Pakete aus den USA transportieren würden. Aus der ganzen Welt trafen Solidaritätsbriefe für die streikenden UPS-ArbeiterInnen ein.

UPS versuchte mit allen Mitteln, gegen den Streik vorzugehen: UPS setzte das Management und Streikbrecher für die Transporte ein. UPS warf der Gewerkschaftsführung vor, keine Urabstimmung über das Angebot des Konzerns durchzuführen - in Wahrheit wären die Mitglieder gegen Ron Carey. UPS warf Carey vor, nur seine persönliche Aggression gegen UPS zu befriedigen, weil er früher Betriebsrat bei UPS war und sich schon früher an Streiks gegen UPS beteiligt hatte. Außerdem setzte das Management von UPS die Clinton-Regierung unter Druck, doch endlich mit Hilfe des Taft-Hartley-Gesetzes in den Streik einzutreten und diesen als illegal zu erklären. Dieses Gesetz erlaubt es den US-Präsidenten, einen Streik zwangsweise zu beenden, wenn die nationale Wirtschaft, die öffentliche Gesundheit oder Sicherheit bedroht sind.

Doch die öffentliche Sympathie war enorm

und überraschte sogar die Gewerkschaft. Trotzdem die großen Medien wie CNN immer wieder negativ über den Streik berichteten, sprachen alle Meinungsumfragen von einer großen Mehrheit, die diesen Streik der Teamsters unterstützten. Als die öffentliche Meinung sich immer mehr gegen UPS wandte, kamen immer mehr demokratische Politiker zu den Streikposten, so auch der Fraktionsführer der Demokraten im Parlament, Richard Gephardt. Das Parlament von Massachusetts nahm sogar offiziell eine Resolution zur Unterstützung der Teamsters an und sprach sie gegen die Beauftragung von UPS während des Streiks aus. In Konferenzschaltungen informierte Ron Carey laufend die IBT-Ortsgruppen, die laufenden Verhandlungen mit UPS wurde immer ergebnislos abgebrochen. Ron Carey am 10. August: "Was sagt Euch das? Es bedeutet, daß dieser Streik nicht am Verhandlungstisch gewonnen wird. Wir werden gewinnen, indem wir Druck auf das Unternehmen ausüben - am Streikposten und in den Gemeinden!"

Der Sieg! Der Sieg!

Am 19. August 1997 war es soweit - das UPS-Management erfüllte einige Forderungen der Gewerkschaft. "Sieg der Teamsters in allen wichtigen Forderungen", so titelte die Information der Gewerkschaftsführung an die Mitglieder (Teamster UPS Update, 19.8.97). Und weiter: "10.000 neue Vollzeit-Arbeitsplätze, Pensionserhöhungen im Teamsters Pensionsfonds, neue Beschränkungen für Ausgliederungen, deutliche Lohnerhöhungen - Streik ausgesetzt nach

provisorischer Einigung - Abstimmung durch Mitglieder." Die Vorsitzenden der Teamsters local unions, die die UPS-Mitglieder repräsentieren, haben einstimmig dafür gestimmt, das provisorische Verhandlungsergebnis anzunehmen, den Streik auszusetzen, während die Mitglieder per Post abstimmen. Die Gewerkschaftsführung feiert das Ergebnis als großen Sieg: "Die Mitglieder der Teamsters haben den wichtigsten Sieg für amerikanische arbeitende Menschen unserer Generation errungen."

Die Erfolgsbilanz des Streiks:

Und nun konkret: Der neue Kollektivvertrag geht über 5 Jahre und bringt u.a. 10.000 neue Vollzeit-Arbeitskräfte über eine Periode von 5 Jahren, weitere 10.000 Teilzeit-Beschäftigte sollen die Chance bekommen, in eine Vollzeit-Arbeitsplatz zu wechseln. Keine Ausgliederungen mehr bei Zustellern - außer bei Auftragsspitzen, aber nur mit Erlaubnis der lokalen Gewerkschaftsgruppe. Lohnerhöhungen: keine Einmalzahlungen, sondern 3,10 \$ per Stunde mehr für Vollzeit-Beschäftigte (das macht 22.000 \$ mehr für Full-Timer), auch 3,10 \$ mehr für Teilzeit-Beschäftigte über 5 Jahre plus 1,00 \$ mehr für Teilzeit-Beschäftigte, die nach 1982 angestellt wurden (13.000 \$ mehr für den durchschnittlichen Teilzeit-Beschäftigten) und 50 Cent Steigerung der Start-Stundenlöhne für Teilzeitbeschäftigte. Erhalt des überbetrieblichen Teamsters Pensionsfonds mit gleichen oder besseren Pensionen, als das Angebot von UPS vorsah, für fast alle Beschäftigte. Verbesserung der Pensionen für die Teilzeit-Beschäftigten, die am UPS-Pensionsfonds teilnehmen. Kein Recht der Firma, das Gewichtslimit für Pakete auf über 75 kg zu erhöhen ohne Zustimmung der Gewerkschaft. Recht der Teamsters, Pakete mit über 35 kg nur mit Hilfe und Geräte zu heben. Fortführung aller laufenden Pläne für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Das Recht der Teamsters, die Streikposten anderer Gewerkschaften zu akzeptieren, bleibt aufrecht. Keine Erweiterung der Kündiungsgründe und -möglichkeiten für UPS.

Aber auch wenn die Gewerkschaftsführung diesen Sieg feiert, einige wichtige Konzessionen hat die Gewerkschaftsführung gemacht: Der Kollektivvertrag geht über 5 Jahre, die Dollar-Beträge gelten auf der Basis 1997, die Inflation wird nicht abgegolten. UPS hat zweifellos das Gesicht

GERÄDE JETZT Vorwärts - die sozialistische Zeitung!

Die linke Zeitung
- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu:
Wir schreiben, was andere
nicht schreiben dürfen

VORWÄRTS '97

JETZT ABONNIEREN!

Spenden garantieren die
Erscheinung von **Vorwärts**
und **DIE EINHEIT**!

Mit Euren Spenden organisieren wir den Widerstand gegen Sozial- und Arbeitsplatzabbau!

Spendenkonto
PSK 8812.733

nicht verloren, sondern droht der Gewerkschaft weiterhin damit, daß 15.000 Beschäftigte aufgrund des Streiks gekündigt werden. Die Teamsters sind eine wirklich große Gewerkschaft, die Mitglieder in den USA und Kanada arbeiten im Transportwesen, in der Bauwirtschaft, in Fabriken, Büros, Spitätern, im Öffentlichen Dienst, bei Fluglinien und Kinos, Kaufhäusern und vielen anderen Arbeitsplätzen. Obwohl die Teamsters ein neues, kämpferisches Programm verabschiedet haben, ist es den Teamsters nicht gelungen, wirklich das Ruder herumzureißen. Die Konzernpolitik von UPS wurde nicht gebrochen, lediglich gestört - obwohl dieser Abschluß und die Tatsache, daß es überhaupt einen Kollektivvertrag gibt, ein guter Erfolg für die Gewerkschaft ist. Die Gewerkschaftsführung stellt immer den Kampf der IBT in Zusammenhang mit den "Kampf für den amerikanischen Traum".

Trotz alledem hat sich die Gewerkschaftsführung nicht von den Demokraten gelöst!

Ganz richtig hat die Gewerkschaftsführung erkannt, daß dieser Kampf beispielgebend für weitere Tarifabschlüsse in der amerikanischen Industrie und Wirtschaft sein wird, aber wer verkörpert den "american dream"? Einerseits will sich die Gewerkschaftsführung am politischen Mainstream des amerikanischen Patriotismus anschließen, um ihre Forderungen als nationales Anliegen zu verkaufen. Andererseits ruft die Teamsters-Führung auf, klassenbewußt gegen die Kapitalisten um soziale Verbesserungen zu kämpfen. Amerikanischer Traum und Klassenkampf - wohl ziemlich schwierig, diese sich widersprechenden Ansprüche unter einen Hut zu bekommen. Die Gewerkschaftsführung versucht, auch ihre politischen Kontakte zu den Demokraten spielen zu lassen, was ihr bei diesem Streik offensichtlich gut gelungen ist.

Auch der rechte Rand der Republikaner blieb im Hintergrund

Selbst die Republikaner und Fraktionsführer Gingrich haben sich ruhig verhalten. Aber man darf nicht vergessen, daß genau diese Gewerkschaftsführung sich geweigert hat, einen unabhängigen Labor-Kandidaten für die Präsidentschaft ins Rennen zu schicken und eine unabhängige Labor Party als Konkurrenz zu Demokraten und Republikaner öffentlich zu propagieren.

Der Dachverband AFL-CIO hat bei den Präsidentschaftswahlen Clinton (auch finanziell) unterstützt. Und jetzt sehen sich die Gewerkschaften in der Position, die neue Sozialgesetze Clintons bekämpfen zu müssen. Der Streik konnte kein überwältigender Sieg werden, weil die Gewerkschaftsführung (auch wenn die Teamsters-Führung noch besser ist als die frühere Hoffa-Fraktion) sich politisch entwaffnet und weiterhin das politische Establishment der zwei bürgerlichen Parteien unterstützt. Die Teamsters-Führung steht unter enormen Druck: einerseits von der Basis, die sich Erfolge erwartet und zu kämpfen bereit ist; andererseits von ehemaligen rechten Gewerkschaftsführung unter Hoffa, die zurück zu den Hebeln der Macht und zu den Privilegien will. Erst 1991 - in der ersten demokratischen Wahl innerhalb der Teamsters - wurde eine neue, nicht korrupte Gewerkschaftsführung von der Mehrheit der Teamsters gewählt.

Ron Carey wird von der Fraktion „Teamsters for a democratic union“ (TDU) unterstützt, die ein offensives und kämpferisches Programm hat und sich auf Basisgruppen im ganzen Land stützt. Das heißt aber noch nicht, daß die Führung um Carey auch zu einem endgültigen Bruch mit der Demokratischen Partei bereit ist. IBT-Präsident Carey ist nach dem UPS Streik, trotz des Erfolges, in ziemlichen Problemen. Wegen angeblicher illegaler Wahlzuschüsse an die TDU wurde die Gewerkschaftswahl vom Februar 1997 von einer gerichtlich eingesetzten WahlAufseherin aufgehoben, Carey muß im Dezember noch einmal gegen James P. Hoffa, dem Sohn des ebenso legendären wie korrupten Gewerkschaftsboß Jimmy Hoffa, zur Wahl antreten. Die TDU ruft jetzt nach dem Streik die gesamte Gewerkschaft zur Einheit auf, aber Hoffa sieht seine Stunde gekommen und bekämpft Carey und die TDU mit allen Mitteln. Den Teamsters stehen stürmische Monate ins Haus, die über die politische Richtung dieser wichtigen Gewerkschaft entscheiden werden.

Warum wird dann der Streik so gefeiert?

Dieser Streik war auch ein Test dafür, ob die amerikanische Gewerkschaftsbewegung überhaupt noch kämpfen kann. Die Konzerne versuchen, die verbliebenen Gewerkschaftsrechte stückchenweise zu demontieren. Die Teamsters haben sich

gewehrt, die Angriffe des Kapitals zurückgeschlagen. Das ist wichtig. Es sollte aber nicht den kritischen Blick auf die Situation der amerikanischen Bevölkerung und der Gewerkschaften trüben.

Die Gewerkschaften werden erst eine soziale Trendwende in den USA erreichen, wenn sie sich von den bürgerlichen Parteien emanzipieren und der Arbeiterklasse eine eigene Partei als Alternative schaffen. Die amerikanischen, aber auch die europäischen Gewerkschaften müssen sich entscheiden, ob sie sich entschieden gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem stellen und in großem Umfang den Kampf aufnehmen.

Der UPS-Streik war zwar ein wichtiger Kampf, aber es war eben nur eine der großen US-Gewerkschaften. Die internationale Gewerkschaftsbewegung und insbesondere jene in den USA muß klar und deutlich auch für politische Veränderungen kämpfen, ansonsten bleiben sie im Netz der von den Kapitalisten geschaffenen Gesetze gefangen. Die US-Gewerkschaften machen im Moment gegen den Sozialabbau und für eine Erhöhung der Mindestlöhne mobil, aber wann machen sie ernst und kämpfen auch gegen die Clinton-Regierung selbst?

Der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung bleibt aber keine Ruhepause, weitere Arbeitskämpfe werden folgen:

Bei UPS bahnt sich der nächste Streik an. Die Piloten-Gewerkschaft IPA verhandelt seit Dezember 1995 einen neuen KV, das Management ist nach wie vor nicht gesprächsbereit. Ende August wurden vom staatlichen Schlichter wieder Gespräche über den KV angesetzt. Scheitern diese Verhandlungen, und das ist wahrscheinlich, dann gibt es eine 30tägige Abkühlungsperiode, dann kann die Gewerkschaft einen Streik ausrufen oder der Konzern die Beschäftigten aussperren.

Die UPS-Piloten behaupten, daß sie um 30 Prozent weniger als andere Piloten verdienen und die IPA kündigt bereits an, daß die Gewerkschaft entschlossen ist, eine anständige Lohnerhöhung zu erkämpfen. Die Teamsters haben der IPA bereits ihre volle Unterstützung zugesagt. ■

Victory to the Teamsters!

September 97

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV

Wie in allen anderen Ländern ist auch in der Bundesrepublik der öffentliche Dienst besonders starken Angriffen ausgesetzt. Seit Jahren läuft flächendeckend der Personalabbau. Dies geht mit einer enormen Arbeitszeitverdichtung einher. Dazu kommt die Ausdünnung durch Privatisierung, wobei - wie sollte es anders sein - natürlich nur die profitablen Rosinen herausgepickt werden. In Krankenhäusern werden Küchen, Reinigungsdienste und einzelne Abteilungen privatisiert, im öffentlichen Nahverkehr gewinnversprechende Busstrecken.

von Claus Ludwig,
SAV-Köln, Deutschland

Die Arbeitsplätze werden dabei nicht nur von der direkten Privatisierung von Betriebsteilen bedroht, sondern auch von der allgemeinen Privatisierung sozialer und gesundheitlicher Risiken für jedeN BürgerIn.

Die "Solidargemeinschaft" (die Bezahlung z. B. der Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer) ist durch die "Gesundheitsreform" ausgehöhlt. Die Arbeitgeber ziehen sich immer mehr aus der Finanzierung der Krankenversicherung zurück, die Beiträge steigen. Durch die hohe Arbeitslosigkeit kommt jedoch auch immer weniger Geld von Arbeitnehmern. Ergebnis: trotz steigender Beiträge und Zuzahlungen wird immer weiter bei Krankenkassen, Krankenhäusern und Kurkliniken gekürzt.

Nur 800 Demonstranten mascherten mit der ÖTV gegen die Kürzungen im Gesundheitsbereich

Die ÖTV hat im Gesundheitsbereich kaum Gegenwehr organisiert. Eine "landesweite Demo" im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen (17 Millionen Einwohner) im Mai bestand aus ca. 800 Leuten, das war eher ein bewußter Akt der Demobilisierung. Als im Dezember 96 Beschäftigte der Kurkliniken und Physiotherapeuten (Krankengymnasten usw.) zu zehntausenden auf die Straße gingen, verhielt sich die ÖTV ruhig und überließ es den Berufsverbänden der Betroffenen - in denen Beschäftigte aber auch die Chefs der privaten Praxen organisiert sind - die Proteste ins Leere zu führen.

In Hamburg gab es Anfang 97 einen monatelangen Kampf um das Hafenkrankenhaus. Gegen die drohende Schließung hatten Beschäftigte mit Hilfe einer Bürgerinitiative den ganzen Stadtteil mobilisiert und erklärt, wie der Kahlschlag im Gesundheitswesen den Beschäftigten und Patienten schadet. Die örtliche ÖTV, wie überall in SPD - regierten Städten mit dem sozialdemokratischen Filz verbunden, verhielt sich erst still und unterstützte die KollegInnen erst dann, als die Bewegung größer wurde. Allerdings beschränkte sie die Auseinandersetzung nur auf das Hafenkrankenhaus. Die Verbindung zu anderen Krankenhäusern und damit die Möglichkeit, den Kampf zu gewinnen, förderte sie nicht. Am Ende erreichten es die Beschäftigten und die BürgerInnen, zumindest eine Notfallambulanz zu erhalten, doch das war nur ihrer Beharrungskraft und nicht der ÖTV geschuldet.

Anstatt zu handeln, beschränkte sich die ÖTV - Führung darauf, den Betroffenen die Aussichtslosigkeit vor Augen zu führen!

Die ÖTV hätte Anfang 97 eine Bewegung gegen die unsoziale "Gesundheitsreform" führen und so Beschäftigte und Patienten vereinigen können. Stattdessen organisierte sie im April-Mai eine Tour mit einem "Info-Truck", um den Leuten zu berichten, daß das Kind schon in den Brunnen gefallen ist.

Der Unwillen der ÖTV-Führung, bundesweit und örtlich, dem Kürzungskurs eine Alternative entgegenzusetzen, beschränkt sich jedoch nicht auf den Gesundheits-

sektor. Auch in anderen Bereichen sehen die meisten höheren Funktionäre ihre Hauptaufgabe darin, "Kompromisse" - das sind in der heutigen nur notdürftig verkleidete Verschlechterungen - der Basis nahezulegen. Im öffentlichen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen schlugen Ende 94 die Bus- und BahnfahrerInnen durch spontane Streiks einen Angriff der kommunalen Arbeitgeber auf ihre Löhne zurück. Doch die ÖTV verhandelte über die dreisten Forderungen der Arbeitgeber anstatt den alten Zustand wiederherzustellen und vereinbarte die Lohnsenkung für Neueinstellungen. Seitdem sind die Flächentarifverträge durch die Zwischenschaltung sogenannter Anwendungstarifverträge weiter ausgehöhlt worden. Über eine von vielen ÖTV-FunktionärInnen und PersonalräteInnen (Betriebsräte im öffentlichen Dienst) mitgetragene Kürzung von Pausenzeiten und Wendez Zeiten ist die Arbeit von Bus- und Bahnfahrern enorm verdichtet worden.

Streik 1992

In der ÖTV gibt es keine Tradition von linksoppositionellen Listen bei Personalratswahlen oder von stärkerer innergewerkschaftlicher Opposition wie z. B. in der IG Metall in den 70er und 80er Jahren. Auch linke Organisationen hatten sich nie groß um die ÖTV gekümmert und sich stattdessen auf die Industriegewerkschaften konzentriert. Grundlage für die relative Ruhe waren die Sicherheit der Arbeitsplätze und die - in der Arbeitgeber-Propaganda total übertriebenen - "Privilegien" im öffentlichen Dienst (was eigentlich nur der Schutz vor permanenter Leistungsverdichtung war). Durch die Angriffe auf den öffentlichen Sektor und die Aktivierung neuer Schichten hat sich dies jedoch geändert. Obwohl es noch immer keine umfassende Opposition in der ÖTV gibt, ist die Loyalität gegenüber der Führung gering geworden, die Stimmung ist kritisch, teilweise sogar enttäuscht und zynisch. Bei

den Warnstreiks im Mai 96 war vielen klar, daß die Führung mal wieder einen faulen Kompromiß vorbereitet.

Der Unmut an der Basis wächst.

Der entscheidende Punkt für diesen Stimmungsumschwung war der Streik 1992. Nach der Ablehnung eines Schlichterspruchs, der nur 5 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung vorsah - die ÖTV hatte 9,5 Prozent gefordert - streiken weite Teile des öffentlichen Dienstes 11 Tage lang. Die Großstädte waren lahmgelegt, die Bahnen fuhren nicht, der Müll blieb liegen, die Kindergärten geschlossen. Die KollegInnen sprühen ihre Macht. Das war der erste große Streik im öffentlichen Dienst seit 1974. Doch am Ende einigte sich die ÖTV-Spitze unter Wulf-Mathies (heute gutbezahlte EU-Kommissarin, deren Job es ist, Gewerkschaften den EURO schmackhaft zu machen) mit den Arbeitgeber auf eine Erhöhung von 5,4 Prozent.

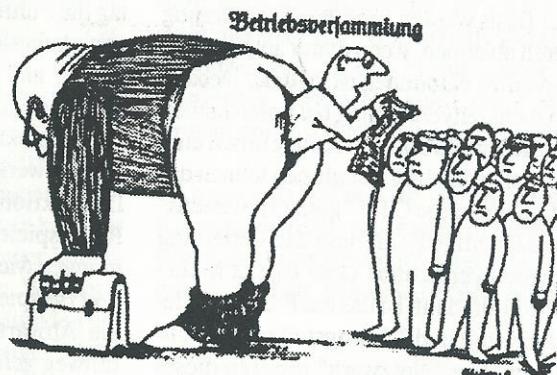
Dafür hatten die KollegInnen nicht tagelang gestreikt. Bei einer Urabstimmung sprachen sich 55 Prozent gegen die Annahme dieses Kompromisses aus. In Streikgebieten, vor allem in den Verkehrsbetrieben und der Müllabfuhr, gab es teilweise 70-Prozent-Mehrheiten gegen den Abschluß. Doch die Führung ignorierte dieses Basis-Votum und unterschrieb den Tarifvertrag. Die Unzufriedenheit war groß, doch das Nichtvorhandensein einer organisierten Opposition ließ die Wut verpuffen. Doch der Streikabbruch 1992 hat ein grundlegendes Mißtrauen in die Führung geschürt.

Die offizielle "Linke"

Anfang der 90er war der bayrische Bezirkssekretär der ÖTV, Wendl, gegen den allzu kompromißlerischen Kurs der Spitze aufgetreten und dafür mit dem Ausschluß bedroht worden. Schon 1992 war seine Kritik vorsichtiger, beim Tarifabschluß 1996 (bei dem Sonderurlaubstage gestrichen wurden) hatte er nichts besseres zu tun, als diesen zu rechtfertigen - mit scheinlinken Argumenten: "Die Tarifpolitik ist begrenzt, weil die Wirtschafts- und Finanz-

politik beschäftigungsfeindlich ist ... Wir können erst wieder eine bessere Tarifpolitik machen, wenn wir auch wieder die Bedingungen für eine bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik haben ... Man kann bei 6 Millionen Arbeitslosen keine radikale Tarifpolitik machen, so gern wir das wollen. Das geht nicht, denn die Leute haben zuviel Angst ... Wir müssen die Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung ... zum Ausgangspunkt nehmen, damit wir in den nächsten zwei Jahren einen Politisierung erreichen, die dazu führt, daß wir 98 eine andere Bundesregierung haben." (Protokoll des 13. Gewerkschaftstages der ÖTV, Stuttgart 96).

Im Klartext: Wir können nichts machen, wir warten auf die SPD. Dies drückt die Haltung vieler Halblinker im ÖTV-Apparat aus.



Ideologisch teilen sie den Co-Management-Kurs nicht, widerspiegeln unter Druck auch eher die Stimmung der Basis, doch wenn es hart auf hart geht, betonen auch sie die "Sachzwänge" von Nachgeben und Demobilisierung.

Viele KollegInnen in den Betrieben und Verwaltungen, die die Funktionäre nach der Praxis beurteilen und nicht nach ihren Reden auf Gewerkschafts-Treffen, zu denen immer weniger einfache Mitglieder kommen, besteht kein Unterschied zwischen "normalen" Funktionären und diesen "Linken".

Aufbau des "Netzwerks"

Aufgrund dieser Situation - fortgesetzte Angriffe, Unwillen der Führung zur Gegenwehr, Wut bei vielen KollegInnen - hatte die Diskussion innerhalb der SAV ergeben, daß die Zeit reif wäre, den Grundstein für

eine organisierte oppositionelle Strömung in der ÖTV zu legen. Wir analysierten, daß unsere Kräfte zwar begrenzt sind aber es einfach keine andere Kraft auf der Linken gibt, die diese notwendige Aufgabe bundesweit anpacken würde. Außerdem schätzten wir ein, daß unsere GenossInnen im Gesundheits-Sektor (wir haben in fast allen Orten AktivistInnen aus diesem Bereich) durchaus Initiativen ergreifen könnten.

Unter Einfluß der SAV-Diskussion hatten schon 1995 KollegInnen der nordrhein-westfälischen Studentenwerke (Uni-Verwaltung, Menschen usw.), vor allem aus Aachen, die Initiative zur Gründung der "Gruppe oppositioneller Gewerkschafter - GroG" ergriffen, ein Manifest verabschiedet und dieses in Teilen der ÖTV verbreitet. Allerdings entstand daraus noch kein bundesweiter Zusammenhang.

Die Entstehung des Netzwerks

So ergriffen SAV-Mitglieder nach der Tarifrunde 96 die Initiative, zu einem bundesweiten Treffen einzuladen. Mobilisiert wurde im Umfeld der GenossInnen, bei Demonstrationen und durch die von "GroG" geknüpften Kontakte. Im August kamen 35 KollegInnen zusammen, beim Folgetreffen im Februar 97 waren es schon 50 KollegInnen. Auf dem ersten Treffen wurde das "Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV" gegründet, eine Bundeskoordination gewählt und ein vorläufiges Programm verabschiedet (siehe unten).

Das "Netzwerk" versteht sich als eine parteiübergreifende gewerkschaftliche Opposition, um in der ÖTV für eine andere Politik zu kämpfen. Auf den Treffen waren sowohl KollegInnen, die schon vorher politisch aktiv waren als auch KollegInnen, die sich zum erstenmal über die betriebliche Arbeit hinaus aktivieren.

Auf den Treffen wurden hauptsächlich Erfahrungen ausgetauscht und Positionen erarbeitet. Die nächste Aufgabe ist, als "Netzwerk" koordiniert zu handeln und bundesweit Initiativen in die ÖTV hineinzutragen.

Gegenkandidatur

Die erste Aktion dieser Art war die Kandidatur von Manfred Engelhardt,

Personalratsvorsitzender des Aachener Studentenwerks, gegen den ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai. Engelhardt kandidierte mit Unterstützung des "Netzwerks" auf der Grundlage kämpferischer Positionen und erzielte mit 31 Stimmen (5 Prozent) einen Achtungserfolg auf dem Kongreß im Oktober 96. Dieser Kongreß war sehr weit von der Basis entfernt und massiv auf den Vorsitzenden zugeschnitten. Auch die halbkritischen Bezirke hatten diesen gestützt, so daß die Stimmen für Engelhardt als bewußte linke Stimmen aufgefaßt werden können.

Außerdem hat das "Netzwerk" Flugblätter zu den Themen Lohnfortzahlung und Arbeitszeitverkürzung veröffentlicht, auf die es immer wieder Reaktionen aus verschiedenen Städten gibt. Im Sommer wird die erste Zeitung des "Netzwerks" erscheinen. Die Wege, die "Netzwerk"-Publikationen nehmen, sind manchmal schwer ergründlich. Es ist schon öfter vorgekommen, daß auf einmal ein Brief aus einer Stadt kommt, zu der bis dahin noch kein Kontakt bestand.

Örtlich haben "Netzwerk"-KollegInnen bisher vor allem in Aachen, Essen und Berlin auf sich aufmerksam gemacht. In Aachen und Berlin gibt es regelmäßige Treffen, in beiden Städten sind ÖTV-Funktionäre nervös geworden. In Aachen wurde gar ein Jugend- und Auszubildenden-Vertreter, der beim "Netzwerk" aktiv ist, von einem örtlichen Funktionär mit Ausschluß bedroht. Bei den Essener Verkehrsbetrieben wird "Netzwerk"-Kollegen immer wieder von nervösen Funktionären vorgeworfen, "gewerkschaftsschädlich" zu sein.

Erste Erfolge bereits für das Netzwerk

Bei den Personalrats- und JAV-Wahlen (Jugend- und Auszubildenden-Vertretung), die im Mai 97 in einigen Bundesländern stattfanden, konnten "Netzwerk"-Aktivisten und SAV-Mitglieder Erfolge erzielen. In einem der größten Krankenhäuser Deutschlands, dem Aachener Klinikum mit 5000 Beschäftigten und 600 Azubis, wurde ein "Netzwerk"-Kollege JAV-Vorsitzender, obwohl die örtliche ÖTV-Spitze versucht hatte, gegen ihn Stimmung zu machen und verbreitete, "er hätte mit Leuten zu tun, die vom Gewerkschaftsausschluß bedroht sind". In Stuttgart waren "Netzwerk"-KollegInnen daran beteiligt, in einem Krankenhaus, die bisherige Personal-

ratsvorsitzende durch linke, kämpferische Leute abzulösen. Nach wie vor sind nur wenige KollegInnen im "Netzwerk" organisiert, die materiellen Ressourcen sind arg beschränkt. Aber trotzdem haben die ersten 9 Monate schon gezeigt, daß die Unruhe in der ÖTV - wie von der SAV eingeschätzt - groß ist und das Potential vorhanden ist, von unten Druck zu machen. Die Fühler sind schon in viele Richtungen ausgestreckt.

Arbeitszeitverkürzung

Eine zentrale Frage ist zur Zeit die Arbeitszeitverkürzung. Der ÖTV-Vorsitzende Mai hat einen Vorstoß gemacht, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verkürzen. Viele KollegInnen können sich das nicht leisten und identifizieren Arbeitszeitverkürzung in kleinen Schritten aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre lediglich mit Arbeitsverdichtung. Die Diskussion wird sich scharf polarisieren, viele KollegInnen an der Basis werden Arbeitszeitverkürzung generell ablehnen, wenn damit automatisch Lohnverlust verbunden ist. Mit der Debatte um Arbeitszeitverkürzung bei Lohnverzicht stellt die Bürokratie den KollegInnen eine Falle: entweder die KollegInnen lehnen das ab, dann kann die ÖTV "guten Gewissens" auf die wichtige Forderung der Verteilung der Arbeit verzichten. Oder es gibt Mehrheiten dafür, dann ist das ein Freibrief, Flexibilisierung und "Zwangsteilzeit" durchzusetzen. Das "Netzwerk" greift in dieses

Diskussion ein und vertritt die Lösung "Nein zum Lohnverzicht. Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohn- und Personalausgleich".

Allerdings ist unklar, wie intensiv die Diskussion an der Basis wird, bisher scheinen es eher eine Diskussion ab der unteren Funktionärsebene zu sein, in der allerdings auch teilweise Unmut herrscht. Doch zur Tarifrunde im Herbst kann sich das ändern. Fazit: Trotz bescheidener personeller Kräfte und finanzieller Ressourcen hat die bisherige Arbeit des "Netzwerk" gezeigt, daß Opposition nicht verpuffen muß, sondern sich organisieren kann. Angesichts der permanenten Angriffe auf den öffentlichen Sektor kann das innerhalb weniger Monate dazu führen, daß "Netzwerk"-KollegInnen in die Situation kommen, konkrete Kämpfe zu führen oder örtlich Mehrheiten gegen die Führung zu erreichen und ÖTV-Gliederungen Richtung Kampf zu drängen. Auch auf Bundesebene wird das "Netzwerk" beim nächsten Gewerkschaftstag die Führung stärker herausfordern können. Angesichts der Koordinierung der Attacken auf den öffentlichen Sektor über "Maastricht II" ist in den nächsten 2-3 Jahren die praktische internationale Koordinierung gewerkschaftlicher Gegenwehr nötig. Die Sektionen des CWI können dabei eine Rolle spielen, dies in oppositionelle Strömungen wie das "Netzwerk" hineinzutragen und Beispiele geben, wie der Kampf gegen die Abwärtsspirale über Ländergrenzen hinweg geführt werden kann. ■

Was ist die ÖTV?

Die ÖTV (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) ist mit rund 2 Millionen Mitgliedern die zweitgrößte Gewerkschaft in der Bundesrepublik. Sie umfaßt den öffentlichen Dienst auf kommunaler, Landes- und Bundes-Ebene. Außerdem ist auch der private Verkehrsbereich wie LKW-Fahrer, Hafenarbeiter und Seeleute, Lufthansa und Flughäfen sowie die Beschäftigten des Gesundheits- und Pflegesektors, die bei Privaten oder Wohlfahrtsverbänden angestellt sind, in der ÖTV organisiert.

Politisch steht die ÖTV in der "Mitte" des gewerkschaftlichen Spektrums. Die "starken Bataillone" der ÖTV waren immer die Müllabfuhr und der öffentliche Nahverkehr. In diesen Bereichen ist der

Organisationsgrad oft über 90 Prozent, die meisten Streiks wurden dort entschieden. Diese Gruppen von Beschäftigten unterstützen eher die traditionellen rechtssozialdemokratischen Funktionäre, doch dies ändert sich angesichts der Angriffe.

In den letzten Jahren nahmen auch andere Gruppen an Arbeitskämpfen teil, so z. B. im Krankenhaus-Sektor und bei den Kindertagesstätten.

Dort sitzen die Funktionäre zum Teil auch nicht so fest im Sattel, es gibt traditionell eine kritischere Stimmung. Allerdings liegt dort der Organisationsgrad eher bei 10-30 Prozent. In den Kernbereichen des Verkehrswesens (Häfen, Flughäfen) ist die ÖTV gut vertreten, im privaten LKW-Verkehr ist sie schwach.

DuP muß endlich ihrem Ruf gerecht werden!

Was ist dran an der Gewerkschaft, die allgemein als die kämpferischste der 14 Gewerkschaften des ÖGB gehandelt wird? Wie "links" steht sie, mit welcher Konsequenz vertritt sie die Interessen der zu Vertretenen? Wie leicht gerät sie in Versuchung, sich von den Unternehmern über den Tisch ziehen zu lassen? Auch ihr Arbeitsfeld, das grafische Gewerbe hat einen Ruf, nämlich den des höheren Lebensniveaus. Das mag vielleicht mal so gewesen sein, jedoch heutzutage merkt man von diesem Unterschied zu anderen Branchen nicht wirklich noch etwas.

von Thomas Rappel,
SOV-Oberösterreich
DuP - Mitglied

Um die Jahreswende wurde der neue Kollektivvertrag (KV) für das graphische Gewerbe ausverhandelt. Das DUP-Gewerkschaftsorgan "Vorwärts" schreit das Ergebnis in die Welt: "Neuer Kollektivvertrag - ein hervorragendes Ergebnis". Sehen wir uns so manche Einzelheiten einmal an: Seitens der Unternehmer kam der Drang zur Flexibilisierung mit einer Jahresarbeitszeit von ca. 1924 Stunden. Wenn wir zum Vergleich die heutigen 38 Stunden pro Woche mit 47 Wochen (52 weniger 5 Wochen Urlaub) multiplizieren, kommen wir auf 1786 Stunden. Anders gesagt. Mit 1924 Stunden kommen wir nun von 38 Stunden auf über 40 Arbeitsstunden pro Woche. Und das ist nicht nur Flexibilisierung, sondern Arbeitszeitverlängerung mit Lohnkürzung; denn Überstunden sind ja jetzt keine Überstunden mehr und Zuschläge gäbe es auch nicht mehr viele - ginge es nach den Vorstellungen der Unternehmer:

Die Kürzungsvorschläge der Kapitalisten

- Berechnung sämtlicher Zuschläge sollte vom Normallohn und nicht vom Gesamtlohn erfolgen;
- Entfall des Zeitungszuschlags;
- Entfall der Mehrwerkezulage;
- Entfall der Schmerzzulage;
- Entfall der Schnellläufenzulage;
- Entfall der freien Tage bei der Produktion von Tageszeitungen;
- Erlaubnis der Verrichtung von Fachar-

beit auch für Berufsfremde zu Helferlöhnen;

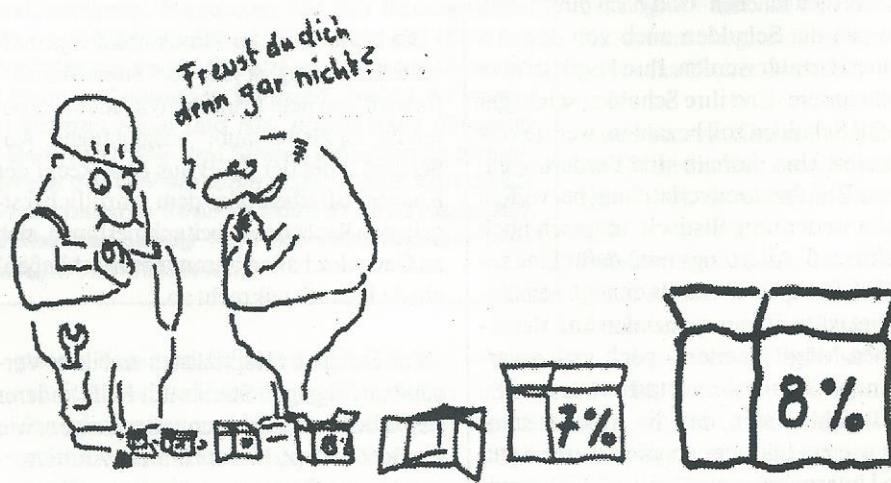
-Und ein weiterer Brocken war die Forderung nach Ausgliederung der Druckvorstufe aus dem KV. Das betrifft sämtliche ArbeiterInnen in der Filmmontage, am Computer, sowie Beschäftigte, die die Druckformen (Druckplatten) herstellen.

Angesichts einer so reichhaltigen Kürzungspalette, was sagen die Gewerkschaftsfunktionäre dazu? Allgemein kann man feststellen, daß sich die Stimmung da-

legenschaft in keiner Weise annehmbar war!", so der Vorarlberger Landesstellensekretär Karl Wagner. Die geforderte Ausgliederung der Druckvorstufe aus dem KV wird kurz, aber bezeichnend mit "Kriegserklärung der Unternehmer" betitelt. - Und die Arbeiter waren gerüstet: Während der erfolglosen Verhandlungswochen gab es in ganz Österreich Betriebsversammlungen und Proteste. Das hatten die Unternehmer nicht erwartet: derart spontane konsequente, richtungsweisende Aktionen der Arbeiter und Betriebsräte gegen die Verhandlungsmethoden der Kapitalisten. Was aber bedeutet jetzt der Ausgang der KV-Verhandlungen? 3 Punkte sind es, die besonders großen Augenmerks bedürfen:

1. Die Tatsache, daß die gesamte Druckvorstufe im KV verankert bleibt, ist ein großer Erfolg der DuP!
2. Es ist auch gelungen, die Unternehmer

Kollektivertragsabschluß



hingehend entwickelt, daß das Faß endgültig zum Überlaufen gebracht wurde. "Die Unternehmer haben uns ein Forderungspaket hingeschmissen, das für unsere Kol-

von einem sehr heiklen Thema abzubringen: der Arbeitszeit Flexibilisierung!

3. Ein Minus: Der Nachschichtzuschlag in der Stunde von 6-7 Uhr früh fällt weg.

Dieser Punkt ist insofern wichtig, weil in sehr vielen Firmen die Frühschicht bereits um 6 Uhr beginnt.

Wie reagieren die Kollegen?

Wichtig ist auch, wie die Betroffenen, also die Arbeiter, über die Forderungen der Unternehmer denken. Zumeist geht die Stimmung in die Richtung: "Auf welchem Planeten leben die Unternehmer? Sie scheren sich keinen Deut um die Probleme und Verpflichtungen der Arbeiter. Sie sagen immer nur: 'Die Lohnnebenkosten sind zu hoch, ihr seid zu teuer' ...". Oder wie es ein Kollege im DuP-Organ "Vorwärts" auf den Punkt bringt: "Mit diesem ewigen Gejammer wird in unserem Land eine Stimmung erzeugt, die von den wirklichen Problemen ablenken soll!" Und das ist des Pudels Kern. Die wirklichen Probleme bestehen nicht darin, daß die Arbeiter zu hohe Lohnnebenkosten verursachen oder die letzten Jahre (Jahrzehnte) über ihre Verhältnisse gelebt hätten.

Eure Schulden sind nicht unsere!

Sie bestehen vielmehr darin, daß die, die uns unseren "Lebensstil" vorwerfen, in Wirklichkeit als einzige selbst weit über ihre Verhältnisse leben, und mit ihrer dumpfen, kurzsichtigen Standortlogik die Wirtschaft und die Arbeiter in eine Sackgasse hineinbugisieren, aus der sie nur herauszukommen glauben, indem sie die Arbeiter mit Kürzungen überschwemmen und für die eine oder andere Finanzkrise verantwortlich machen. Und nach ihrer Logik müssen die Schulden auch von den Arbeitern bezahlt werden. Ihre Logik ist aber nicht unsere. Und ihre Schulden schon gar nicht! Schulden soll bezahlen, wer sie verursacht! Und deshalb sind Forderungen, wie z.B. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn weder unrealistisch, utopisch noch weltfremd. Allerdings muß dafür eine soziale Klasse, bei der es als einzige gerechtfertigt wäre, in ihrem sozialen und steuerlichen Möglichkeiten - nach vielen versäumten Jahren - angetastet werden. Es darf nicht so sein, daß die Arbeiter ständig wie ein Lämmer geopfert werden und die Unternehmer als "heilige" Kühe ewigen Frieden genießen. Es ist Zeit zurückzuschlagen!

Aufschwung für Millionäre



Der Streik: unser Recht!

Der Streik der FinanzbeamtenInnen im Juni 1997 hat die Republik und die bürgerlichen Medien in Aufruhr versetzt. Von Seiten der Regierung und eben der Medien wurde so einiges unternommen, um den Streik in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Die BeamtenInnen hätten gar kein Recht zu streiken. Wie sieht die rechtliche Situation wirklich aus und wie relevant ist diese Frage im konkreten Fall?

von Sonja Grusch
SOV Ortsgruppe Wien Nord

Wenn wir uns die rechtliche Situation betrachten, muß ein Aspekt vorausgeschickt werden: Je nachdem, wer gefragt wird, die Antworten können sehr unterschiedlich ausfallen - von völligem Streikverbot (und zwar nicht nur bei öffentlich Bediensteten) bis zur Streikfreiheit für alle. Diese unterschiedlichen juristischen Auslegungen (die ja immer auf Basis der politischen Identifikation bzw. Positionierung der Interpretierenden stattfinden) entstehen durch die Tatsache, daß es in Österreich keine explizit positivrechtliche Regelung des Arbeitskampfes gibt.

Streikfreiheit: Was nicht verboten ist, ist erlaubt!

Die bis jetzt in der Praxis übliche juristische Auffassung ist jene der "Streikfreiheit". Es wird von dem Prinzip "Was nicht verboten ist, ist also erlaubt" ausgegangen. Außerdem leitet der ÖGB aus dem Recht der Koalitionsfreiheit (also dem schriftlich festgelegten Recht der ArbeitnehmerInnen, sich zu Gewerkschaften zusammenzuschließen) ein de facto-Streikrecht ab.

Von Seiten der Kapitalisten und ihrer Verbände wird gegen Streiks mit Hilfe anderer gesetzlicher Regelungen vorgegangen, wie strafrechtlich (z.B. mit Hilfe des Antiterrorgesetz, von Gesetzen zu Nötigung, Erpressung und gefährlicher Drohung) oder zivilrechtlich (Schadensersatzpflicht). Weiters wird versucht, aufgrund der Behauptung, im Streikfall würde der Arbeitsvertrag verletzt, streikende ArbeitnehmerInnen zu entlassen.

Das Streikpatent von 1914

"Die Beamten dürfen aber nicht streiken." Die VertreterInnen dieser Auffassung berufen sich dabei auf das Streikpatent von 1914, das ein Streikverbot für Beamte und die Bediensteten von allgemeinen Staatsbetrieben festlegte. Abgesehen davon, daß es zu dieser Frage auch völlig anders lautende Interpretationen gibt (z.B. durch Gewohnheitsrecht aus Kraft gesetzt, Koalitionsfreiheit auch für Beamte, Menschenrechtskonvention), so zeigt diese Diskussion über das Streikverbot doch eines: Es geht nicht nur um Stimmungsmache gegen öffentlich Bedienstete, sondern auch darum, das Kampfmittel Streik zu diskreditieren.

Streik - ungeliebt und abgestellt

Der Streik als Kampfform der ArbeitnehmerInnen, um ihre Interessen gegen die Kapitalisten durchzusetzen, ist ein in Österreich äußerst selten eingesetztes Mittel. SPÖ- und ÖGB-Führung lehnen - wegen ihrer tiefen Einbindung in die Sozialpartnerschaft und in den Staatsapparat - den Arbeitskampf de facto ab. Der Arbeitskampf (überhaupt der Klassenkampf) sei "unvernünftig" und solle möglichst vermieden werden.

Der so oft gepräsene "soziale Friede" in Österreich ist eines der besonderen Ziele der ÖGB-Führung. Die ÖGB-Führung droht schon ab und zu mit Streik als "wirklich allerletztes Mittel" (als defensive Maßnahme, um sozialpartnerschaftliche Verhandlungen zu fordern) und sammelt eifrig Geld für den "Solidaritätsfonds" (Streifonds des ÖGB), aber die praktische Ablehnung

des Streiks als "normales" Kampfmittel der Arbeiterschaft ist integrativer Bestandteil der österreichischen Sozialpartnerschaft. Von staatlicher Seite gibt es zwar kein explizites Streikverbot, aber eine Reihe von Regelungen, die den Einsatz dieses Kampfmittels beschränken können. Daß die bürgerliche Staatsmacht nicht davor zurückschreckt, die Polizei und die Justiz gegen streikende ArbeiterInnen einzusetzen, können wir in anderen europäischen Staaten beobachten. Den Betriebsräten ist vor allem eine Fessel angelegt: Sie dürfen zwar an einem Streik teilnehmen, aber nicht zu einem Streik aufrufen.

Recht als Spiegel der Gesellschaft

Die Gesetze und vor allem die Interpretation der Gesetze spiegeln die politische Lage, das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital wider. Im Laufe der Geschichte ist auch in Österreich eine Mischung von häufig widersprüchlichen gesetzlichen Regelungen entstanden. Daß in Bezug auf Streiks die rechtliche Frage bisher nicht relevant wurde, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß es in der 2. Republik so wenige Streiks gab und noch gibt. Bei einer Zunahme von Arbeitskämpfen wird mit Sicherheit der Ruf nach einem Streikgesetz laut hörbar sein. Auf diese Weise könnte der bürgerliche Staat, könnten die politische Parteien des Kapitals und natürlich die Kapitalisten den ArbeitnehmernInnen ihren Willen ganz legal aufzwingen, vom Gesetz erlaubt und unterstützt.

Als besonderes Beispiel dafür ist Großbritannien anzuführen, daß strenge Anti-Gewerkschaftsgesetze unter der Thatcher-Regierung einführte, um legale Streiks unmöglich zu machen. Sogar der im allgemeinen regierungsfreundliche und sozialpartnerschaftlich orientierte Internationale Bund Freier Gewerkschaften (dort ist auch der ÖGB Mitglied) kritisiert alljährlich Großbritannien wegen gewerkschaftsfeindlicher Maßnahmen. Übrigens ist die neue Regierung des sozialdemokratischen Shooting-Stars Tony Blair nicht gewillt, die Anti-Gewerkschaftsgesetze zu lockern, geschweige denn abzuschaffen. Welche Rechtsauslegung von Gesetzen zum Tragen kommt, hängt in er-

ster Linie vom politischen Kräfteverhältnis ab. Das gilt besonders für Österreich, wo eben explizite gesetzliche Regelungen fehlen.

Ist die ArbeiterInnenklasse politisch schwach oder schwächer geworden, so ist es verhältnismäßig leicht für den bürgerlichen Staat, mittels Gesetzen und der Justiz gegen politische Aktionen der Arbeiterschaft bzw. gegen allgemeine demokratische Rechte der ArbeiterInnenklasse (wie die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht) vorzugehen, ohne sich "die Hände schmutzig machen" zu müssen. Ist aber die ArbeiterInnenklasse in der politischen Offensive, gibt es große Massenbewegungen von z.B. protestierenden oder streikenden ArbeitnehmerInnen, so können auch gesetzliche Streikbeschränkungen schnell ihre Bedeutung verlieren. Aber natürlich behindern gesetzliche Beschränkun-

terschiedlichen, ja gegensätzlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen gegenüber. Die ArbeiterInnenklasse verfügt über Kampfmittel, um die wirtschaftliche Ausbeutung zu mildern, "ein größeres Stück vom Kuchen" zu bekommen. Der Streik ist zwiefelsohne ein entscheidendes Kampfmittel, das den normalen Gang der Wirtschaft unterbricht, die Kapitalisten herausfordert und das ganze System Kapitalismus angreifen kann.

Eine Frage der Demokratie

Der Streik ist ein Beispiel, das die Frage der Demokratie zuspitzt. Ist der Streik nun ein Recht oder ein Verbrechen? Sollen Gewerkschaften gesetzliche Beschränkungen zugunsten der Kapitalisten akzeptieren oder für volle Streikfreiheit eintreten? Wenn also gesetzliche Beschränkungen des Streikrechts oder sogar ausdrückliche Verbote existieren, sollen sich die Gewerkschaften bei Arbeitskämpfen daran halten? Oder doch die Staatsmacht und die Kapitalisten herausfordern und kämpfen? Die Streikwelle in Südkorea im Winter 1996-97 zeigte die Dimension der politischen Auseinandersetzung über die gewerkschaftlichen und politischen Rechte. Jedenfalls haben die letzten großen Streikbewegungen, ob Südkorea, Liverpool, USA oder Deutschland (mit dem Verbot von "politischen" Streiks), gezeigt, daß jeder Streik im Grunde immer wieder die Frage der Legalität aufwirft und auch ein Kampf um ein grundlegendes gewerkschaftliches Recht ist.

Jede soziale Klasse kämpft mit den Mitteln, über die sie verfügt. Der Streik ist nichts anderes als ein Recht der ArbeiterInnenklasse, das sich aus der Existenz der kapitalistischen Ausbeutung und der Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse ableitet. Aber ein Recht, das nicht vom Staat geschenkt wird, sondern ein Recht, das täglich verteidigt und erkämpft werden muß.

Presseaussendung des ÖGB (Quelle Internet-Seiten des ÖGB)

Streikfreies Österreich 1996 - Keine einzige Sekunde (18.07.97)

Wien (ÖGB). 1996 gab es in Österreich keinen Streik. Somit lag auch das Vorjahr „im österreichischen Streiktrend“. 1995 wurde einmal gestreikt; 60 ArbeitnehmerInnen waren damals insgesamt 894 Stunden im Ausstand. Streikort war eine Werkzeugfabrik in Ferlach, Kärnten. Der Ausstand konnte nach zwei Tagen erfolgreich beendet werden. Die Streikdauer pro österreichischem Arbeitnehmer machte 1995 nur 1,05 Sekunden aus. 1994 war Österreich streikfrei. 1993 gab es in Österreich drei Streiks (6.869 ArbeitnehmerInnen, insgesamt 104.063 Stunden). Bei 78,7 Prozent der Streikstunden ging es 1993 um Arbeitsplatzsicherung (Austrian Airlines/ Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr); bei 21,3 Prozent um Lohnforderungen und KV- Abschlüsse (Gewerkschaft Bau-Holz). Alle drei Streiks erfolgten im Einvernehmen mit der Gewerkschaft. Durch den AUA-Streik wurden die meisten Streikstunden in Wien registriert. Die Streikdauer betrug 1993 pro Arbeitnehmer zwei Minuten und vier Sekunden.

gen der Koalitionsfreiheit und des (de facto-) Streikrechts die Bewegungsfreiheit von Gewerkschaften und beschneiden die demokratischen Rechte der ArbeiterInnenklasse enorm.

Streik als Recht

Im kapitalistischen Gesellschaftssystem stehen sich zwei soziale Klassen (ArbeiterInnenklasse und Kapitalisten) mit

It is better to break the law than to break the poor!

Kinderalarbeit weltweit im Anstieg!

Während überall die Arbeitslosigkeit bei Erwachsenen steigt, steigt zur selben Zeit die Kinderarbeit an. Nach den jüngsten Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) müssen weltweit mehr als 250 Millionen Kinder im Alter zwischen fünf und vierzehn Jahren arbeiten, mindestens die Hälfte von ihnen ganztags. Der Grund dafür ist klar: Kinder sind schwächer, autoritätsgläubiger, organisieren sich nicht in Gewerkschaften und sind vor allem billiger.

von Stefan Kerl,
SOV OG-Wien Nord

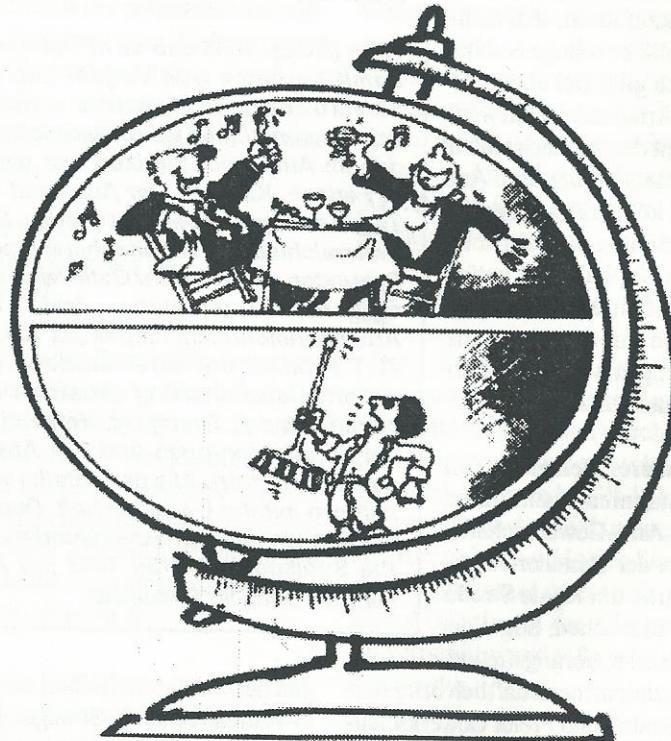
Obwohl in den meisten Ländern der Welt gesetzliche Regelungen oder Vorschriften in der einen oder anderen Form existieren, die Kinderarbeit verbieten, obwohl die UN-Kinderkonvention über die Rechte des Kindes von 187 Staaten ratifiziert wurde, existiert Kinderarbeit dennoch. Die Zahl der arbeitenden Kinder ist wahrscheinlich noch um einiges höher als die oben angegebenen 250 Millionen.

Die meisten KinderarbeiterInnen gibt es in Asien (44,6 Millionen), danach folgen Afrika und Lateinamerika. Aber auch in den meisten westlichen Industrieländern ist die Kinderarbeit wieder im Anstieg begriffen. Beispielsweise in den USA hat die Kinderarbeit allein im Verlauf der 80er Jahre mindestens um das Zweieinhalfsfache zugenommen.

Die Ursachen für Kinderarbeit hängen eng mit dem kapitalistischen System zusammen: Durch ungerechte Landverteilung, Arbeitslosigkeit der Eltern, durch Kürzung der staatlichen Sozialleistungen in Folge von "Sparpaketen" der Regierung, durch den Verfall von Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt in Folge ungerechter weltweiter Handelsstrukturen reicht das Einkommen der Eltern nicht aus, um die Familie zu ernähren. Dadurch werden die Kinder gezwungen, so früh wie möglich ihren Beitrag zum Familieneinkommen zu leisten. Ungeregelte Arbeitsverhältnis-

se sind die Regel. Die überwiegende Mehrzahl der Kinder arbeitet nicht in regulären Arbeitsverhältnissen, sondern als sogenannte "mithelfende Familienmitglieder" in der Landwirtschaft oder im informellen Sek-

Viele Formen von Kinderarbeit sind erzwungen; aber die Schuldnechtschaft, wie sie in Südasien praktiziert wird, ist noch eine Steigerung der Ausbeutung: Das ist Sklaverei. In diesem System verpfänden Eltern ihre acht- oder neunjährigen Kinder gegen geringfügige Darlehen an FabriksbesitzerInnen oder deren AgentInnen. Die verpfändeten Kinder werden eingesperrt, müssen bis zu 20 Stunden täglich unter katastrophalen Bedingungen arbeiten und bleiben oft ihr Leben lang in



tor der Städte: auf der Straße, als DienstbotInnen oder in Familienwerkstätten. Um ihre Familien zu unterstützen, müssen die Kinder am Arbeitsplatz ihrer Eltern mitarbeiten, ihre Arbeitskraft selbständig an einen Unternehmer oder ihren Körper an einen Sextouristen verkaufen.

Abhängigkeit, ohne "ihre Schulden" jemals zurückzahlen zu können.

Teufelskreis Kinderarbeit

Man mag darüber streiten, ob Kinderarbeit in jeder Form und in jedem Ausmaß prinzipiell abzulehnen ist oder ob sie in ei-

nem gewissen Ausmaß sogar für die Entwicklung der Kinder förderlich sein kann. Klar aber ist, daß Kinderarbeit abzulehnen ist, sobald sie die Ausbildungsmöglichkeiten der Kinder einschränkt oder jegliche schulische Ausbildung überhaupt verhindert. Kinderarbeit wie sie auf den Orangenplantagen in Brasilien praktiziert wird, ist ein Produkt der Armut und Not. Kinder werden zu dieser Arbeit gezwungen und ausgebaut. Die harten Arbeitsbedingungen beeinträchtigen ganz enorm die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. In der Regel führen die Arbeitsbedingungen, die Arbeit mit Rohstoffen und Produkten und die Art der Arbeit zu körperlichen Schäden und Krankheiten, ganz zu schweigen von Arbeitsunfällen und der allgemeinen sehr niedrigen Lebenserwartung.

Meist arbeiten die Kinder ganztags und somit bleibt ihnen keine Zeit zur Schulbildung. Das bedeutet, daß sie auch als Erwachsene nur HilfsarbeiterInnenfähigkeiten erfüllen können. Die fehlende Schulausbildung und der daraus resultierende Analphabetismus bringt es aber auch mit sich, daß sie nicht über ihre Rechte (als Kinder, als Erwachsene, als ArbeitnehmerInnen) Bescheid wissen, was den UnternehmerInnen natürlich nur recht sein kann.

Kinderarbeit und Orangensaft

Nicht nur in orientalischen handgeknüpften Teppichen steckt Kinderarbeit, sondern auch in ganz alltäglichen Produkten wie Orangensaft. Auf dem Tetrapak steht "Made in Austria"; das bedeutet aber nur, daß das Konzentrat in Österreich verdünnt wurde. Das in Österreich verarbeitete Konzentrat stammt aber zu 94% aus dem Bundesstaat São Paulo in Brasilien. Auf den dortigen Plantagen arbeiten tausende Kinder. Offiziell sind natürlich keine Kinder angestellt. Kinderarbeit ist in Brasilien verboten.

Auch Mag. Leopold Wurstbauer, Geschäftsführer des Verbandes der Fruchtsaft- und Fruchtsirupindustrie Österreichs, leugnet das Problem: "Daß natürlich Kinder auf diesen Plantagen in den Orangenhainen auch sind, ist doch völlig klar, die kommen von der Schule nach Hause. In Brasilien haben sie keine Nachmittagsbetreuung." Trotzdem ist es zum Beispiel durch eine Untersuchung der bra-

silianischen Gewerkschaft „Central Unica dos Trabalhadores“ (CUT) bewiesen, daß etwa 20% der ArbeiterInnen auf den Plantagen Kinder unter 14 Jahren sind. Jedes von ihnen schleppt täglich über eine Tonne Orangen von den Bäumen zu den Sammelstellen. Die Folge sind schwere gesundheitliche Schäden, keine Zeit zum Schulbesuch und damit der Beginn des oben beschriebenen Teufelskreises, das Ende jeglicher besseren Zukunft. Den Profit streifen hauptsächlich die europäischen Importeure und die brasilianischen Großerzeuger ein. „Eine Saftfabrik ist eine Dollarfabrik“, jubelte bereits in den 60er Jahren der Präsident des damals aufstrebenden Fruchtsaftunternehmens Citrobrasil und er hat bis heute recht behalten. Bei uns kostet ein Liter Orangensaft im Supermarkt durchschnittlich 11,60.- ÖS. Die PflückerInnen in Brasilien bekommen davon 1,12%!

Was Du tun kannst

Aufgrund des bitteren Beigeschmacks, den unser süßer Orangensaft angesichts der Situation auf den brasilianischen Plantagen erhält, hat Südwind - Die Agentur für Süd-Nord Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (das vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik - ÖIE neu gegründete Dienstleistungsunternehmen, das im Auftrag des ÖIE tätig ist) in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuß (ANG) und anderen Organisationen eine Kampagne mit dem Titel "Bittere Orangen" ins Leben gerufen.

„Orangensaft nicht boykottieren. Das würde die Situation der Arbeiterfamilien nur verschlechtern.“, sagt der Gewerkschaftsführer Paulo Celho Morini aus dem Orangenanbaugebiet São Paulo/Brasilien. Aus diesem Grunde ist die Kampagne auch nicht auf Boykott ausgerichtet, sondern auf die Verbesserung der sozialen Bedingungen der erwachsenen PflückerInnen. Wenn die erwachsenen ArbeiterInnen nämlich genug verdienen, um ihre Familie ernähren zu können, wird Kinderarbeit unnötig. Dazu ein Rechenbeispiel: Die brasilianischen

LandarbeiterInnen bekommen derzeit für 16 Orangen (das entspricht ca. einem Liter bei uns verkauften Saftes) rund 4 Groschen, und das bei annähernd gleich hohen Lebenshaltungskosten wie in Österreich. Bei dreifachem Verdienst würden sich die Kosten pro Liter Orangensaft um nicht einmal 50 Groschen erhöhen und die Kinderarbeit wäre zumindest in diesem Sektor gestoppt.

Durch eine Postkartenaktion sollen die KonsumentInnen die großen Orangensaftproduzenten in Österreich dazu auffordern, auf sozialverträgliche Orangensaftkonzentrate (ohne Kinderarbeit und mit gerechter Bezahlung der ArbeiterInnen) umzusteigen. Schon tausende KonsumentInnen haben sich an der Aktion beteiligt und die Postkarten an die Versaftsfirme geschickt. Diese leugneten die Problematik zuerst ab (siehe obiges Zitat von Mag. Wurstbauer), zeigen sich aber mittlerweile bereit, an den Verhandlungstisch zu kommen.

Um aber ein befriedigendes Ergebnis im Interesse der brasilianischen KinderarbeiterInnen ebenso wie ihrer er-

wachsene KollegInnen zu erzielen, muß der Druck auf die Versaftsfirme weitergehen! Also Postkarten anfordern (siehe Kasten) und abschicken!

P.S. Ziel solcher Aktionen ist nicht nur, den Protest der KonsumentInnen gegenüber den

Händlern sichtbar zu machen. Es geht auch um Aufklärung, um Schaffung von Bewußtsein und Wissen über die Kinderarbeit, über die Ausbeutung der Menschen in den sogenannten Ländern der "3. und 4. Welt". Wir müssen begreifen, daß wir hier in Europa in der gleichen Welt wie die KinderarbeiterInnen in Brasilien leben. Wenn ArbeiterInnen in Brasilien, Nicaragua, Indien, Südafrika usw. ihre Rechte einfordern, Arbeitskämpfe führen und ein würdiges Leben in sozialer Sicherheit wollen, sind wir ihnen Solidarität schuldig. Nur die internationale Solidarität in all ihren Facetten kann ein Gegengewicht und die Alternative zur internationalen Ausbeutung und zum Imperialismus aufbauen! ■

BITTERE ORANGEN

Informationen und Protest -Postkarten anfordern bei:

Südwind - Die Agentur für Süd-Nord Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
Berggasse 7, 1090 Wien
Tel.: 01/ 317-30-90, Fax: 01/ 317-30-95
e-mail: suedwind.agentur@magnet.at
oder bei:
Gewerkschaft Agrar Nahrung Genuß (ANG)
Albertgasse 35, 1081 Wien
Tel.: 01/ 40149-35, Fax: 01/ 40149-20



Kollege des Monats

Unser Kollege des Monats ist Ernst Werbik. Er gründete den "Interessensverband gegen Psychoterror, Stress und Mobbing am Arbeitsplatz". Mobbing beschreibt der Verein selbst so: "Mobbing kommt aus dem englischen to mob zu Deutsch: anpöbeln, belästigen, fertig machen, attackieren und angreifen. Mobbing ist eine arbeitsrechtliche Zeitbombe am Arbeitsplatz. Die häufigste Methode des Mobbing in Österreich: Versetzung, anderswertige Einsetzung am Arbeitsplatz, man spricht nicht mehr mit dem Opfer, isoliert es von den anderen, blockiert den Weg zur Weiterbildung. Der Interessens-

verband setzt sich ein für: die Anerkennung von Mobbingopfern als Betriebsunfall- und Arbeitsunfallopfer. Sozialer Schutz und Rechtsschutz auf Lebenszeit den Menschen in Arbeitszeiten und Arbeitslosenzeiten. Die Bezahlung der Behandlung sämtlicher durch Mobbing entstandener Krankheiten, besonders der psychosomatischen Krankheiten, durch die Krankenkassen.

Ein Gesetz zum Schutze der Menschen vor Mobbing in der österreichischen Gesetzgebung beschlossen und ausgeführt." Soweit der Verein in seiner Vorstellungsbroschüre. Kollege Werbik hat selbst ein bewegtes Leben hinter sich. Nach jahrelanger Arbeit am Bau gelang es ihm, einen relativ sicheren Job im Öffentlichen

Dienst zu bekommen. Er wurde Wärter im Kunsthistorischen Museum. Er erlebte dort Schikanen bis hin zur körperlichen Attacke, neonazistische Umrüte, und er erhielt Drohbriefe. Als Behindertenvertreter wandten sich vor allem behinderte KollegInnen an ihn, die von anderen Wärtern psychisch gequält wurden.

Später gründete er mit anderen "Aufsässigen" eine Liste aktiver Gewerkschafter. Er wird hinausgeworfen und erhält Hausverbot im Kunsthistorischen Museum. Er wurde aber von vielen als "Psychofall" abgestempelt, wehrte sich weiter. Erstens vor Gericht und zweitens, indem er die Selbsthilfegruppe gründete. Wir wollen über weitere Aktivitäten berichten und wünschen Kollgen Werbik viel Kraft und alles Gute.

Interessensverband gegen Psychoterror, Stress und Mobbing am Arbeitsplatz
Postfach 716
1010 Wien Tel: 01-8104705

Mobbing - Mode der 90er?

"Mobbing" heißt das neue Schlagwort der Arbeitswelt: immer mehr ArbeitnehmerInnen leiden darunter. Mobbing ist systematischer Psychoterror am Arbeitsplatz - durch den Chef, Kollegen oder ganze Abteilungen.

von Andi Hollunder
SOV-OG Ost

Gemobbt wird durch Bespottung, Intrigen, Boshaftigkeiten und systematisches Herabwürdigen von Arbeitnehmern und deren Leistung. Sexuelle Belästigung - wiederholt ausgeübt - fällt ebenfalls unter Mobbing. Sehr oft wird durch den Chef gemobbt, zum Beispiel die eigene Sekretärin. Ihre ohnehin vorhandene Machtposition wird von den Mobbern ausgeweitet, die Persönlichkeit und Leistung der Untergebenen systematisch herabgewürdigt. Sexuelle Belästigung dient der zusätzlichen Machtdemonstration. Studien zeigen, daß Mobber meist selbst schwere psychische Schäden haben. Mangelndes Selbstwertgefühl oder sexuelle Störungen sind oft die Ursache, warum die Mitarbeiter oder KollegInnen fertiggemacht werden.

Amerikanische Studien beweisen, daß im Management besonders häufig psychisch schwer gestörte Menschen zu finden sind.

Im Kollegenkreis wird oft gemobbt, um einen Konkurrenten, der die eigene Karriere-

re gefährden könnte, vorzeitig auszuschalten. Rufmord bei den Kollegen und Intrigen aller Art sind beliebte Methoden. Leider sind diese Taktiken nur allzu oft erfolgreich. Die Folge sind mobbende Chefs und Hierarchien, die durch Negativauslese entstanden sind. Nicht selten sind ganze Gruppen von Kollegen der Meinung, daß andere nicht in die Abteilung oder Firma passen. Üble Streiche und systematische Boshaftigkeiten dienen den einen zum Gaudium, belasten die Betroffenen aber oft schwer. Beliebte Opfer sind potentielle Außenseiter: besonders alte oder junge, weibliche (in Männerabteilungen) oder ausländische Kollegen. Mobbing wird immer öfter zur "Firmenkultur": Besonders in geschützten Bereichen und Großunternehmen, wo Kündigungen entweder nicht möglich sind oder kaum praktiziert werden, werden Beschäftigte solange fertiggemacht, bis sie "freiwillig" gehen. Das Unternehmen kann sich auch die Abfertigung sparen, wenn der Arbeitnehmer selbst kündigt. Die Betroffenen werden herabgesetzt, indem ihnen ihre Aufgaben weggenommen werden oder derart mit Arbeit überhäuft, daß sie ihre Aufgaben nicht erfüllen kön-

nen. Auch wiederholte herabwürdigende Äußerungen - von Personalabteilungen oder Vorgesetzten - bringen die Betroffenen oft dazu, das Handtuch zu werfen.

Ist Mobbing eine Erscheinung der 90er? Die Methoden und Auswirkungen sind keineswegs neu und waren in der Arbeitswelt immer vorhanden. In Zeiten jedoch, wo Arbeitnehmerrechte immer mehr mit Füßen getreten werden, stehen auch subtilere Methoden der Unterdrückung auf der Tagesordnung. Wenn mehr gearbeitet werden soll für weniger Lohn, wenn die Belegschaft eingeschüchtert werden soll, damit sie sich nicht wehrt, dann sind Mobber im Management eine willkommene Ergänzung. Was können wir als Betroffene oder Kollegen gemobbter Personen tun? Auf keinen Fall schweigen oder still vor sich hin leiden!

Auf lange Sicht ist das beste Mittel gegen Mobbing ein geschlossenes Auftreten der Belegschaft gegen die Mobber: Gemeinsam sind wir stark! ■

Hilfe für Mobbingopfer:

- GPA Wien, Elisabeth AMESMANN, Tel. 31393/456; Büro: 1013 Wien, Börseg. 18, Dienstag 16.00-18.00
- Interessensverband gegen Psychoterror, Stress und Mobbing am Arbeitsplatz, PF 176, 1010 Wien; Tel. 01/8104705

Pakistan:

Kampf der Kinderarbeit!

Gemäß dem UNICEF-Report gab es in Pakistan 1995 über 20 Millionen KinderarbeiterInnen. Viele von ihnen müssen sechs volle Tage in der Woche unter grauenhaften Bedingungen vor allem in der Textilindustrie arbeiten. Die meisten Kinder haben nie eine Schule besucht; und viele wurden durch die schlechte wirtschaftliche Situation ihrer Familien gezwungen, die Schule bereits nach kurzer Zeit wieder aufzugeben.

Die Kinderarbeit ist ein unmittelbares Resultat der immer weiter steigenden Armut in Pakistan. Der Kampf gegen Kinderarbeit muß also ein Kampf gegen die Armut sein. Ein Kampf für gewerkschaftliche Rechte, bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen!

Diesen Kampf führt in Pakistan auch die *Education Foundation*, die maßgeblich von GewerkschaftsaktivistInnen der pakistanischen Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI) mitbegründet wurde. Die *Education Foundation* unterstützt die pakistanische Gewerkschaftsbewegung einerseits durch die Bereitstellung von Infrastruktur wie Computer, Kopierer, Fax, usw. und durch Schulungsmaßnahmen für GewerkschafterInnen. Andererseits betreibt die *Education Foundation* Schulen für KinderarbeiterInnen.

Dort haben arbeitende Kinder die Möglichkeit, am Abend, gleich nach der Arbeit, noch für ein paar Stunden zu lernen. Der Schwerpunkt wird vor allem auf die Alphabetisierung, aber auch auf die Information über gewerkschaftliche Rechte und die Notwendigkeit zum gewerkschaftlichen Kampf gelegt.

Die drei Schulen, in denen derzeit etwas über 250 arbeitende Kinder unterrichtet

werden, sind sicherlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein und können die grundlegenden Probleme nicht lösen. Jedoch geben sie den Kindern, die sie besuchen, Hoffnung und die Möglichkeiten für eine bessere Zukunft!

Um ihre Arbeit fortzuführen und ausbauen zu können, ist die *Education Foundation* auf Spenden angewiesen, da sie weder von der Regierung, die die Gewerkschaftsbewegung unterdrückt, noch verständlicherweise von den Kapitalisten Unterstützung bekommt. Unsere Solidarität ist gefragt

und gefordert!

Education Foundation
40 Abbot Road
Lahore, Pakistan

Die Spenden können auf das Bankkonto der SOV eingezahlt werden (Kennwort: Kinderarbeit). Die SOV garantiert, daß alle Spenden an die *Education Foundation* weitergeleitet werden.

Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV):
Spendenkonto: PSK 8812.733.

Dafür kämpft die Sozialistische Offensive Vorwärts:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 13.000,— ÖS Mindestlohn netto für alle ArbeitnehmerInnen!
- ★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jedeN. Demokratische Schulen und Universitäten! Überbetriebliche Lehrwerkstätten unter der Kontrolle der Gewerkschaften. Lehrlingstelle raus aus der Handelskammer. Soziale Sicherheit für alle Auszubildenden.
- ★ 30 m² Wohnraum für jedeN, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens! Sofortige Mietzinsobergrenze und öffentliche Vergabe leerstehender Wohnungen!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Umweltschutz und Arbeitsplätze dürfen keine Gegensätze sein.
- ★ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
- ★ Kampf um jeden Arbeitsplatz und um soziale Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung und ihre Familien!
- ★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen! Kampf gegen sexuelle Diskriminierung!
- ★ Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung von In- und AusländerInnen! Passives Betriebsrats-Wahlrecht für AusländerInnen!
- ★ Nein zur Sozialpartnerschaft. Für eine gewerkschaftliche Offensive gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit! Schluß mit der Privatisierungspolitik - für eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien!
- ★ Demokratische Gewerkschaften und FacharbeiterInnenlohn für bezahlte Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ★ Für eine starke, internationalistische und offensive Gewerkschaftsbewegung!
- ★ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung!
- ★ Kampf der arbeiterInnenfeindlichen Politik der FPÖ!

Diese armen Kapitalisten!

Von Seiten der Kapitalisten, der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung hören wir Klagen, Forderungen und eine wirklich penetrante Propaganda, wie schlecht es denn nicht diesen armen und hart arbeitenden, nur an das Wohl des Landes denkenden Unternehmern geht. Die Regierung will eine Pensionsreform durchsetzen, die ja wohl nur als Sozialraubbau bezeichnet werden kann: Durchrechnungszeiten, Erhöhung des Pensionsalters, Abbau der Leistungen der Sozialversicherung.

Die Kapitalisten fordern mehr Flexibilisierung, die zu Lohnkürzungen und einem Abbau von Arbeitsschutzbestimmungen führt. ÖVP, FPÖ, LIF und die Führung der SPÖ möchten den Sozialstaat "umbauen" - das heißt abbauen, zerstören. Die Privatisierung und Deregulierung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens ist die bestimmende Doktrin dieser wahrhaft asozialen Allianz, die nur darauf abzielt, die Profite der Kapitalisten in die Höhe zu treiben. Und die politische Durchsetzung dieses Ziels hat für die arbeitenden Bevölkerung schlimme Folgen: Abbau des Lebensstandards, der sozialen Sicherheit und der politischen Rechte.

Die österreichischen Gewerkschaften haben es sehr wohl nötig, demokratisiert zu werden. Sie sollten kämpferische Organisationen der Arbeiterschaft sein, die auch die politische Kraft haben, der Kapitalistensklasse und der Regierung Paroli bieten zu können.

Aber die Angriffe der Kapitalisten richten sich gegen jegliche Interessensvertretung der Arbeiterschaft - egal ob es die gesetzliche Interessensvertretung Arbeiterkammer, Betriebsräte und Personalvertretung oder eben die Gewerkschaft ist. Es gibt dann auch noch besonders radikale Unternehmer und Manager, wie zum Beispiel Prinzhorn, Hartlauer und eben Lauda, die immer wieder für Angriffe gegen die Gewerkschaft und "den Sozialstaat" gut sind. Lauda, bereits als Feind der Gewerkschaft und "des Sozialstaates" bekannt, teilte uns freundlicherweise seine politische Sichtweise per Interview im

Kurier (vom 9.8.97) mit: *Es stört ihn eben die "wettbewerbs- und leistungsfeindliche Gesinnung in diesem Land. Österreich ist da noch nicht aufgewacht. Wir müssen alle mehr sparen und mehr Steuern bezahlen, aber keiner der Verantwortlichen sagt: Arbeitet mehr!"*

Irgendwie scheint Lauda entgangen zu sein, daß die Steuern für Kapitalisten und Millionäre, so wie er einer ist, drastisch reduziert und nur die Steuern der "normalen" arbeitenden Menschen erhöht wurden. Aus dem Kurier-Artikel: "Den Sozialpartnern würde Niki Lauda am liebsten einen 'integren Diktator' verordnen, um laue Kompromisse zu verhindern und Entscheidungen zu beschleunigen. Neben einer dringenden Senkung der Lohnnebenkosten urgiert Lauda mehr Spielraum für Flexibilität." Wo bleibt die Antwort der Gewerkschaften? Ja, solange die Gewerkschaften ja und amen zu Sozialabbau und Lohnkürzungen sagen, solange sind sie am Verhandlungstisch willkommen. Aber wehe, wenn die Gewerkschaften sagen: Es reicht, wir fordern ... und wir werden keine Verschlechterungen hinnehmen.

Lauda ist kein Einzelfall, die FPÖ und die Liberalen haben diese Haltung ja schon zu ihrer offiziellen, ÖVP und SPÖ es zur inoffiziellen Politik erklärt: Die Gewerkschaften sollen kuschen und aus der Politik ver-

drängt werden. Der Vollzug der Maastricht-Kriterien und der "Stabilitätspakt" der EU wird in der nahen Zukunft eine Bewährungsprobe für den ÖGB sein. Es sollte jetzt doch endlich auch in die Köpfe in der pro Sozialpartnerschaft denkenden GewerkschaftsfunktionärInnen gehen, daß die Kapitalisten die sogenannte "Sozialpartnerschaft" nur benützen, wenn es ihnen in den Kram

Damit diese Gewerkschaftszeitung auch weiterhin bestehen kann sind wir auf Eure Hilfe angewiesen - wir brauchen Geld und Informationen aus den Gewerkschaften und Betrieben. Schreibt uns über Eure Erfahrungen und Probleme. ♦

paßt (und die Gewerkschaften ihnen zu stark für eine harte Auseinandersetzung erscheinen). Jetzt allerdings, wo sie die Gewerkschaften mit dem Rücken an der Wand stehend wähnen, da erklären sie frech, so wie WKÖ-Präsident Maderthaner, daß die Regierung ja auch Gesetze ohne die "Sozialpartner" durchziehen könne, wenn sich die Gewerkschaft einer "guten" Reform (z.B. bei Pensionen) widersetzt.

Guten Morgen ÖGB! Wir müssen der Wahrheit ins Gesicht sehen und die Gewerkschaften endlich für harte soziale und wirtschaftliche Auseinandersetzungen fit machen!

Neu im Vorwärts-Shop

Wen vertritt die FPÖ ?

Eine Frage die sich Einheit-LeserInnen wahrscheinlich nicht mehr stellen müssen. Trotzdem kann die Lektüre unsrer neuen FPÖ-Broschüre hilfreich sein. Denn schließlich geht's ja auch darum seinen KollegInnen und zu vermitteln warum die FPÖ alles andere als eine „Arbeiterpartei“ ist. Und mit konkreten Fakten und Analysen geht das oft besser als aus dem Bauch heraus. Also lieber mehr Zeit für die konkrete politische Arbeit (oder Freizeit) und die Fakten bei uns nachlesen , anstatt sich durch Zahlenmaterial und das stupide FPÖ-

Werbematerial durch zu ackern. Während sich Profil & Co mit der Frage, wie verfassungskonform eine Euro-Volksabstimmung ist, auseinandersetzt, schreiben wir über Geschichte der FPÖ, über die Wirtschaftspolitik und deren Auswirkungen , die Verankerung der F-Gewerkschafter in den verschiedenen Betrieben und vieles mehr. Wir gehen davon aus mit unserer Anti-FPÖ-Broschüre eine gute Grundlagenarbeit für die Anti-FPÖ Arbeit geleistet zu haben. Wenn du bereit bist 49 Ös zu investieren kannst du dir dein eigenes Urteil bilden.

sten. Das bedeutet, daß die ArbeiterInnen dem Unternehmer möglichst allein gegenüberstehen sollen und nicht in organisierter Form ("Maßnahmen zur Verstärkung der Autonomie der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei der Gestaltung der Dienstnehmerverträge"). Das heißt auch eine "weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen" und kürzere Berufsschulzeiten für Lehrlinge. Arbeitslose, AusländerInnen und Gewerkschafter sind beliebte Feindbilder der Freiheitlichen. Ge-

Abkürzungen:

FPÖ: Freiheitliche Partei Österreichs
FA: Freiheitliche Arbeitnehmer (für Beschäftigte in der Privatwirtschaft)
AUF: Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher (für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst)
RFA: Ring Freiheitlicher und Unabhängiger Arbeitnehmer
FAZ: Freiheitliche Arbeitnehmer Zeitung

nerell sind die FA/AUF/FPÖ-Forderungen sehr widersprüchlich und werden an die jeweilige Zuhörer bzw. Leserschaft angepaßt. Am deutlichsten wird das am Beispiel Beamte, wo wahlweise eine "Hebung des Ansehens der öffentlich Bediensteten" gefordert und über dieselben als angebliche Spitzenverdiener die nichts arbeiten hergehoben wird. Die AUF-Personalvertreter werden die Forderung nach Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst und Reduzierung des Personalstandes um ein Drittel wohl eher verschweigen, wenn sie auf Stimmenfang gehen.

Was hat es mit der neuen FPÖ-Gewerkschaft auf sich?

Mit der Drohung nach Gründung einer eigenen FPÖ-Gewerkschaft hat es Haider wieder einmal geschafft, wochenlang in die Medien zu kommen und hat vor allem die ÖGB-Bürokratie in Aufregung versetzt. Der neue "Arbeiterführer" der FPÖ, NAZI-Buchstaber Gaugg, steht an der Spitze des Versuches, den ÖGB zu spalten. Nicht umsonst ist eine wichtige Forderung der FPÖ die "Reduzierung des Gewerkschaftseinflusses im Wirtschaftsleben". Daß es den Freiheitlichen nicht um eine effizientere Vertretung der ArbeitnehmerInnen geht wird nicht nur aus ihrem Programm und ihren Forderungen klar, sondern auch in der Tatsache, daß sie seit Jahren de facto zum Austritt aus dem ÖGB ausrufen und sogar Austrittsformulare verteilt. Mit der Dro-

hung eine eigene Gewerkschaft zu gründen wollen die Freiheitlichen aber auch mehr Macht im ÖGB (= mehr Geld als die bisherigen rund 800.000,-/Jahr) erreichen. Sie wollen mit ihren 0,6 % BelegschaftsvertreterInnen 20 % der ÖGB-Macht. Sie fordern Fraktionsstatus und haben um denselben noch nicht einmal angesucht. Um eines klar zu stellen: die undemokratischen Strukturen machen es schwer, im ÖGB als Fraktion anerkannt zu werden. Eine Tatsache, unter der linke Gewerkschafter besonders zu leiden haben. Die Freiheitlichen aber haben meiner Ansicht nach kein Recht auf Fraktionsstatus oder auch nur Mitgliedschaft im ÖGB. Ein Arbeiterfeind Haider sollte lieber gestern als morgen aus GPA und ÖGB ausgeschlossen werden. In einer Gewerkschaft ist kein Platz für die Feinde der ArbeiterInnenklasse. Dieser Platz kann ihnen aber nicht bürokratisch sondern nur politisch verwehrt werden! Ob es tatsächlich zur Gründung und vor allem zur Organisierung der F-Gewerkschaft kommt ist noch unklar. Tatsache ist, daß Haider seit Oktober einen Testballon nach dem anderen steigen läßt und versucht hat, seine Gewerkschaft bei der Vereinspolizei namentlich anzumelden. Das wurde aber nicht bewilligt, da es schon einen Verein (vom ÖGB) gibt, der einen ähnlichen Namen trägt. So bleibt bis jetzt nur das ständige Medienecho auf Haiders Ankündigungen, aber keine tatsächlichen Erfolgen zu verzeichnen. Andererseits ist die Gründung einer gelben Gewerkschaft und die Spaltung des ÖGB ein wichtiges Ziel für das immer radikaler agierende Kapital in Österreich. Aber ob innerhalb oder außerhalb des ÖGB - die arbeitnehmerInnenfeindlichen Ideen der Freiheitlichen müssen offensiv bekämpft werden!

Warum geben Arbeiter der FPÖ ihre Stimme?

Die meisten WählerInnen geben der FPÖ nicht wegen, sondern trotz ihres Programmes ihre Stimme. Die arbeitnehmerInnenfeindlichen Forderungen der Freiheitlichen werden wohlweislich totgeschwiegen und auch "liberale" und "fortschrittliche" Medien beschränken sich weitgehend darauf, Haider als "Nazi" zu entlarven anstatt auf diesen wichtigen Aspekt seiner Politik hinzuweisen.

Vor allem aber sind nach wie vor ein großer Teil der FPÖ-Stimmen Protest. Die rech-

te Politik der SPÖ, mit Sparpaketen und Sozialabbau, einerseits und die Schwäche der Linken andererseits öffnen ein Vakuum, in das der Rechtspopulist Haider stoßen kann. Gerade in ehemaligen SPÖ-Hochburgen, wie den Städten mit der ehemaligen Verstaatlichter Industrie, in denen im Zuge der Privatisierung Tausende ihren Arbeitsplatz verloren haben, wählen immer mehr die FPÖ. Die Wut und die Enttäuschung über den Verrat der Sozialdemokratie ist die beste Wahlwerbung für Haider.

Was tun?

Weder Jammern und den Kopf in den Sand stecken, noch bürokratische Tricks oder die "Haider=Nazi" Entlarvungstaktik können auf Dauer funktionieren. Wenn Haider offensichtliche Mißstände (z.B. Privilegien) anprangert heißt das nicht, daß die Linken diese Mißstände dann verteidigen müssen. Auch die Sozialpartnerschaft, die die FPÖ möglichst rasch beseitigen will, wird nicht besser, nur weil Haider sie angreift.

Natürlich wissen wir, daß die Freiheitlichen keines der von ihnen aufgezeigten Problem (in unserem Sinn) lösen wird. Da diese Probleme - Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Privilegiengewirtschaft - aber tatsächlich existieren, müssen wir jene Ursachen aufzeigen, die Haider gerne verschweigt. Vereinfacht gesagt: Das nicht "die Ausländer" schuld an der Arbeitslosigkeit sind, sondern "die Unternehmer", die Stellenabbau betreiben. Haider kann nicht durch moralische Argumente ("aber wir sind doch alle Menschen") und auch nicht durch Eingehen auf seine Linie (wie z.B. durch die Zustimmung zu Einwanderungsquoten, auch wenn diese über FPÖ- und Regierungsvorschlägen liegen) gestoppt werden. Die beste Antwort auf freiheitliche PersonalvertreterInnen und BetriebsräteInnen sind solche mit sozialistischen Ideen, die die KollegInnen offensiv vertreten. Die beste Antwort auf eine "Freie Gewerkschaft Österreichs" ist ein kämpferischer, demokratischer ÖGB, der nicht davor zurückschreckt, die Interessen aller ArbeitnehmerInnen zu vertreten. Die beste Antwort auf eine immer stärker werdenende FPÖ ist eine neue, sozialistische Partei, die für die Interessen von ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen, Jugendliche, Frauen, AusländerInnen.... konsequent eintritt und den rechten Phrasen sozialistische Antworten gegenüberstellt.

Preis: 20,- Schilling / 3,- DM
Solidaritätspreis: 30,- Schilling

DIE EINHEIT

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus



Gewerkschaftszeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

Herbst 97 / Nr. 7

Ist die FPÖ die neue Arbeiterpartei?

Nach den Nationalratswahlen 1995 und den Wahlen zum Europäischen Parlament 1996, bei denen ein immer größerer Anteil von Arbeitern unter den FPÖ-WählerInnen war, wird die FPÖ als die "neue Arbeiterpartei" hochstilisiert. Aber was macht eine ArbeiterInnenpartei aus? Wie sieht die betriebliche Verankerung der FPÖ aus? Welche Forderungen haben die Freiheitlichen für ArbeitnehmerInnen? Was hat es mit der neuen FPÖ-Gewerkschaft auf sich? Warum geben Arbeiter der FPÖ ihre Stimme? Und letztlich - was können Linke gegen den wachsenden Einfluß der FPÖ unter ArbeitInnen tun?

von Sonja Grusch,
SOV OG Wien-Nord

Was macht eine ArbeiterInnenpartei aus? Der Charakter einer Partei bestimmt sich aus einer Reihe von Faktoren, von denen die Zusammensetzung der Wähler nur einer ist. Wichtig sind das Programm, die Geschichte, die politischen Ziele, die Verankerung, die Mitglieder- und eben auch die WählerInnenstruktur.

Das Programm der FPÖ ist klar an der Wirtschaft und ihren Interessen orientiert, sie fordert eine "freie, wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft" und folgt neoliberalen Konzepten. Historisch kommen die Freiheitlichen aus verschiedenen pro-kapitalistischen Lagern, von liberal über national bis faschistisch. Ihre Ziele sind klar gegen die Interessen der ArbeiterInnenklasse und gegen ihre Organisationen gerichtet und gehen bis zur Auflösung von AK und/oder ÖGB. Die Mitgliederdecke

der FPÖ ist nach wie vor sehr dünn, sie hatte nach eigenen Angaben 1995 40.000 Mitglieder, einzig unter den WählerInnen gibt es einen steigenden Anteil von ArbeiterInnen, bei der EU-Wahl wählten knapp 50 % aller Arbeiter (die zur Wahl gingen) FPÖ. Eine Tatsache, die die FPÖ zwar nicht zur ArbeiterInnenpartei, aber nichtsdestotrotz gefährlich macht.

Wie sieht die betriebliche Verankerung der FPÖ aus?

Entgegen der relativ breiten Unterstützung unter ArbeiterInnen auf der WahlEbene schneiden FA und AUF auf der betrieblichen Ebene mit ganz wenigen Ausnahmen äußerst schlecht ab. Insgesamt bekennen sich gerade 0,6% aller BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen zu AUF oder FA. Stark sind die Freiheitlichen eigentlich nur bei der Exekutive (1995: 27,48 %) und in einigen wenigen Dienststellen der Wiener Verkehrsbetriebe. 1994 gaben nur 841 von 157.207 Be-

schäftigten der Gemeinde Wien der AUF ihre Stimme. In der Arbeiterkammer schneiden sie besser ab, was sich aus den Wahlen zu den Arbeiterkammertagen erklärt. Es gibt de facto keinen Bezug zwischen KandidatInnen und WählerInnen, die Arbeit der einzelnen MandatarInnen kann nur schwer nachvollzogen und kontrolliert werden und die Wahlen haben viel eher einen Protestcharakter als bei Betriebsrats- bzw. Personalvertretungswahlen.

Welche Forderungen haben die Freiheitlichen für ArbeitnehmerInnen?

Abgesehen von einer Reihe populistischer Sager finden sich in der FA/AUF/FPÖ-Publikationen Forderungen dreierlei Art. Neben einer Reihe von Forderungen, die Allgemeinplätze ("gute Ausbildung") oder von anderen Fraktionen abgeschrieben sind ("Ersatz der Putzereikosten" - eine alte GLB-Forderung) finden sich vor allem Unternehmerforderungen ("Stopp der Diskussion um die 35-Stunden-Woche").

Wichtig sind für die Freiheitlichen, daß die Rahmenbedingungen für die Unternehmer optimiert werden sollen, das bedeutet z.B. den Wegfall von lästigen ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen und die Reduzierung von Lohnnebenkosten. *Fortsetzung auf Seite 23*